

# SOZIAL INFO



3/2015

<b>Urteile</b>	<b>2</b>
<b>Der aktuelle Tipp</b>	
Verbraucherzentrale NRW: Verleih von Strom-Messgeräten	13
<b>SGB II</b>	
Zwangsverrentung bei Hartz IV bleibt	13
Dritte Empfehlung des DV zum BuT-Paket	13
Mietkaution im SGB II	14
Ab 2016: Keine Familienversicherung bei Alg II-Bezug	15
Förderprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“	16
<b>SGB III</b>	
Arbeitslosengeld: Verlängerung der Rahmenfrist?	17
<b>Sonstige Rechtsgebiete</b>	
Bundeskabinett beschließt Bericht zum Anerkennungsgesetz	17
Kindergelderhöhung jetzt amtlich!	18
Kindergeld online	19
01.08.2015: Neue Düsseldorfer Tabelle	19
Betreuungsgeld	20
Höhe von Tagessätzen bei Geldstrafen	20
Basis-Girokonto	20
<b>Einrichtungen stellen sich vor</b>	
ZWD: Neues Projekt „Stark im Beruf“	22
<b>Literaturtipps / Links</b>	23
<b>Rezension</b>	
FH-Verlag Frankfurt: Unterkünfte- und Heizkosten nach dem SGB II	23
<b>In eigener Sache</b>	
NEU: SOZIAL INFO jetzt auch als PDF-Abonnement	24

## 100%-Sanktion für U25 ist rechtmäßig

Der im SGB II vorgesehene vollständige Wegfall des Regelbedarfs beim erstmaligen Pflichtverstoß eines Leistungsempfängers, der das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken.

Im entschiedenen Fall hatte das Jobcenter einem 23jährigen den Regelbedarf um 100 % abgesenkt, weil er eine Arbeitsgelegenheit nicht wahrgenommen hatte. Auf entsprechende Anträge hin wurden dem Kläger Lebensmittelscheine bewilligt.

Mit seiner Klage machte der Kläger geltend, die Sanktionsregelung für Unter-25-Jährige sei verfassungswidrig; sie stelle insbesondere einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 GG dar, da eine Ungleichbehandlung zwischen Über-25-Jährigen und Unter-25-Jährigen nicht gerechtfertigt sei.

Das Sozialgericht ist dieser Auffassung nicht gefolgt und hat die Klage abgewiesen. Die im Gesetz für Unter-25-Jährige vorgesehene Minderung i. H. v. 100 % des maßgebenden Regelbedarfs bei einer ersten Pflichtverletzung verstoße nicht gegen das aus Art. 1 GG i. V. m. dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG) hergeleitete Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Auch dieses Grundrecht gewährleiste nämlich keinen von Mitwirkungsobliegenheiten und Eigenaktivitäten unabhängigen Anspruch auf Erbringung von voraussetzungslosen Sozialleistungen. Der Schutz des Grundrechts sei im vorliegenden Zusammenhang insbesondere dadurch gewährleistet, dass der Sanktionszeitraum auf sechs Wochen beschränkt werden könne und eine Unterdeckung der physisch existentiellen Bedarfe aufgrund der Gewährung von Gutscheinen fast aus-

zuschließen sei. Auch im Hinblick auf den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG bestünden keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Die schärfere Sanktion bei Unter-25-Jährigen sei geeignet, das gesetzgeberisch verfolgte Ziel zu fördern, Langzeitarbeitslosigkeit in dieser Personengruppe frühzeitig zu verhindern. Dabei habe der Gesetzgeber hinsichtlich der Beurteilung der Effektivität des von der Sanktion ausgehenden Abschreckeffektes eine Einschätzungsprärogative. Deshalb und mangels einschlägiger wissenschaftlicher Analysen zur Wirkung von Sanktionen auf Unter-25-Jährige könne im Rahmen der gerichtlichen Überprüfung auch nicht davon ausgegangen werden, dass eine mildere Sanktion die gleiche Wirkung erziele.

**SG Leipzig, Urteil vom  
16.06.2015, S 24 AS 2264/14**

## Hausverbot beim Jobcenter kein Fall für das Sozialgericht



In zwei Entscheidungen hat das Sozialgericht Aachen entschieden, dass für Verfahren, in denen sich ein Antragsteller nach dem SGB II gegen ein Hausverbot für die Räumlichkeiten des Jobcenters wendet, nach der allgemeinen Vorschrift des § 40 Abs. 1 Satz 1 VwGO die Verwaltungsgerichte zuständig sind. Die Kammer hat sich damit gegen die Auffassung des BSG gestellt (Beschluss vom 01.04.2009, B 14 SF 1/08 R), wonach in solchen Fällen aufgrund eines ausgesprochen engen Sachzusammenhangs zwischen dem Hausverbot und den vom Jobcenter wahrzunehmenden Sachaufgaben nach dem SGB II die Zulässigkeit des Sozialgerichtswegs begründet sei. Das SG Aachen hat zwar keine Zweifel daran gelassen, dass die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit durchaus aufgrund eigener Kompetenz die Rechtmäßigkeit solcher Hausverbote prüfen könnten, allerdings habe der Gesetzgeber in diesen Fällen eben eine andere Aufgabenzuweisung vorgenommen. Es gehe bei der Frage des Hausverbots, als Ausfluss eines öffentlich-

rechtlich begründeten Hausrechts, gerade nicht darum, welche materiellen Rechtsnormen zwischen dem Adressaten und dem Erteiler des Hausverbots im Übrigen maßgeblich sind. Entscheidend sei das Hausverbot, das dem Schutz des allgemeinen Verwaltungsablaufs sowie dem Schutz der Mitarbeiter, der Räumlichkeiten, anderer Besucher u.v.m. und damit letztlich der Abwehr eines „Störers“ diene. Ob das Hausverbot erteilt worden sei, weil der Adressat sich wegen einer sozialrechtlichen, steuerrechtlichen oder sonst öffentlich-rechtlichen Angelegenheit im Geltungsbereich des Hausrechts des Behördenleiters aufgehalten habe, sei unerheblich. Die Entscheidung des Sozialgerichts liegt damit - soweit ersichtlich - auch auf einer Linie mit der hierzu ergangenen Rechtsprechung der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit.

Die gegenteilige Auffassung, so die Kammer in ihren Beschlüssen, führe im Übrigen zu weitgehend impraktikablen Folgen. So sei ungeklärt, was

für den Fall gelte, dass neben dem Leistungsträger nach dem SGB II sich noch eine weitere Behörde im Gebäude befindet, die ggf. - und sei es nur mittelbar - durch das Hausverbot eines Behördenleiters eines Jobcenters oder einer Optionskommune - betroffen würde. Es bestünden auch - neben der Frage nach dem Rechtsweg - weitere Probleme hinsichtlich des Rechtsschutzes. Nähme man den Sozialrechtsweg an, so sei die Zulässigkeit der Klage an die Durchführung eines Widerspruchsverfahrens gebunden, wohingegen, jedenfalls in Nordrhein-Westfalen, bei der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte derzeit direkt die Klage zulässig sei. In dem konkret vom Sozialgericht entschiedenen Fall hatte sich der Kläger, anwaltlich vertreten, direkt an das Sozialgericht gewandt, obwohl die Rechtsmittelbelehrung auf die direkt mögliche Klage beim Verwaltungsgericht verwiesen hatte.

**SG Aachen, Beschlüsse vom  
12.06.2015, S 11 AS 521/15  
ER und S 11 AS 522/15**

## Bekanntgabe eines schlüssigen Konzepts

Ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung angemessener KdU, das nicht öffentlich bekannt gegeben wurde, ist unwirksam.

**SG Bayreuth, Urteil vom 26.05.2015, S 4 AS 102/15**

Anm.: Harald Thomé hat in seinem Newsletter 17/2015 auf diese Entscheidung hingewiesen und das Urteil als erster öffentlich gemacht. So weit ersichtlich ist, handelt es sich um die erste Entscheidung, mit der von einem Sozialgericht eine KdU-Richtlinie mit der Begründung gekippt wurde, dass die Richtlinie nicht öffentlich bekannt gegeben wurde. Argumentativ überträgt das SG eine Normenkontrollentscheidung des BVerwG zu einer BSHG-Fragestellung auf den Sozialgerichtsprozess.



## Genossenschaftsanteile nur als Darlehen

Die Beschränkung der Bewilligung der Genossenschaftsanteile als Darlehen folgt aus einer analogen Anwendung von § 22 Abs. 6 Satz 3 SGB II, wonach eine Mietkaution als Darlehen erbracht werden soll. Der Erwerb von Genossenschaftsanteilen fällt zwar nicht unter den Rechtsbegriff der Mietkaution, der Senat hält es jedoch für geboten, die Regelung des § 22 Abs. 6 Satz 3 SGB II auf die vom Kläger übernommenen Genossenschaftsanteile analog anzuwenden. Der Umstand, dass § 22 Abs. 6 Satz 3 SGB II die Mietkaution, nicht aber die Verpflichtung zur Übernahme von Genossenschaftsanteilen, die Voraussetzung zum Abschluss eines Mietvertrages sind, nennt, beruht auf einer planwidrigen Regelungslücke.

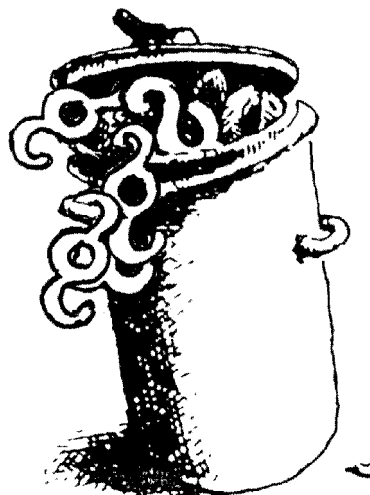
In atypischen Fällen ist neben der Bewilligung als Zuschuss auch die Möglichkeit eines tilgungsfreien Darlehens gegeben.

**LSG NRW, Urteil vom 23.04.2015, L 7 AS 1451/14**

## Schlüssiges Konzept für KdU

1. Eine Erhebung im Umfang von unter 4 % des Wohnungsbestandes ist keine ausreichende Datengrundlage für ein schlüssiges Konzept.
2. Wenn ein Konzept nicht mehr schlüssig gemacht werden kann, ist auf die Wohngeldtabelle nach § 12 WoGG plus einem Aufschlag von 10 % zurückzugreifen (im Anschluss an BSG, Urteil vom 12.12.2013 - B 4 AS 87/12 R).
3. Ohne Nachweis der tatsächlichen Heizkosten ist bei einer pauschalisierten Berechnung durch den Beklagten auch nicht „sicherheitshalber“ auf die sich nach dem bundesweiten Heizspiegel ergebenden (höheren) Werte abzustellen.
4. Es ist eine Obliegenheit der Kläger, während eines Rechtsstreits über die Kosten der Unterkunft und Heizung die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und auf Verlangen Nachweise über die tatsächlichen Kosten zu erbringen.

**LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 26.03.2014, L 2 AS 104/14**



## Angemessene Unterkunftskosten

1. Es ist mit Verfassungsrecht nicht vereinbar, die Bestimmung der im Rahmen des SGB II übernahmefähigen Kosten der Unterkunft den Grundsicherungsträgern bzw. Sozialgerichten zu überlassen.
2. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum „schlüssigen Konzept“ ist mit der Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts und dessen Anforderungen an die gesetzliche Ausgestaltung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht in Einklang zu bringen.
3. § 22 Abs. 1 S 1 SGB II ist verfassungskonform auszulegen, indem die Kappungsgrenzen des § 12 Abs. 1 WoGG als Grenzen für die abstrakt übernahmefähigen Kosten der Unterkunft zugrunde gelegt werden. Ein Zuschlag von 10 % ist dabei nicht vorzunehmen.

Die Kammer hat die Berufung wegen grundsätzlicher Bedeutung der Angelegenheit und wegen entscheidungserheblicher Abweichung von Entscheidungen des Bundessozialgerichts zugelassen.

**SG Lüneburg, Urteil vom 20.04.2015, S 40 AS 81/14**



## Aufrechnung Mietkautionsdarlehen

Unabhängig von der Frage, ob die Aufrechnungsregelung in § 42a Abs. 2 SGB II für Mietkautionsdarlehen gilt, ist diese Regelung zumindest auf Mietkautionsdarlehen, die vor dem Inkrafttreten des § 42a SGB II zum 01.04.2011 ausgezahlt wurden, nicht anzuwenden.

**BSG, Urteil vom 25.06.2015, B 14 AS 28/14 R**

## Darlehen und Tilgungsrate für neue Heizung

1. Bei einem Anspruch auf Gewährung von Reparaturkosten für eine Heizungsanlage nach § 22 Abs. 2 SGB II müssen sich Leistungsempfänger nicht auf den Einbau veralteter Heiztechnik verweisen lassen.
2. Im Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.07.2014 (1 BvL 10/12) ist die Rückzahlung eines Darlehens nach § 42a Abs. 2 Satz 1 SGB II in verfassungskonformer Auslegung auf die im Regelbedarf vorgesehenen Beträge zu beschränken.

Im entschiedenen Fall begehrten die Alg II berechtigten Kläger die Übernahme der Kosten einer neuen Gasheizungsanlage für ihr selbstgenutztes Eigenheim. Auf der Grundlage des § 22 Abs. 2 SGB II errechnete das Sozialgericht einen Anspruch auf einen Zuschuss für die Erneuerung ihrer Heizungsanlage i.H.v. 1.584,77 EUR und i.H.v. 3.718,63 EUR als Darlehen. Hierbei handelte es sich um die Kosten für den Einbau einer neuen Heizungsanlage entsprechend dem Stand der Technik. Bei Ausfall einer Heizungsanlage kann diese dem Stand der Technik entsprechend erneuert werden. Es muss nicht bewusst eine alte, nicht energieeffiziente und nicht dem Stand der Technik entsprechende Anlage eingebaut werden (Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 23.11.2010). Soweit in der Erneuerung der Heizungsanlage eine Wertsteigerung des Grundstücks zu verzeichnen ist, so ist dies hinzunehmen, da dies in der Natur von Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen liegt.

Bei dem Teil der Kosten, die nur als Darlehen zu gewähren sind, handelt es sich grundsätzlich um eine Ermessensleistung. In dem vorliegenden Fall lag allerdings eine Ermessensreduzierung auf Null vor, da die Erneuerung der Heizungsanlage unabweisbar war.

Für die Frage der Tilgung des Darlehens kommt das SG zu dem Ergebnis, dass im konkreten Fall bei verfassungskonformer Auslegung nur eine Tilgung von 1,91 EUR für jeden der beiden Ehegatten rechtmäßig ist. Die vom Wortlaut des § 42 a Abs. 2 Satz 1 SGB II her vorgesehene Tilgung mit 10 % des Regelbedarfs würde den Anspruch

der Antragsteller auf Gewährung des soziokulturellen Existenzminimums gefährden. Es ist nicht verfassungsgemäß, einen Leistungsempfänger über einen langen Zeitraum hinweg auf ein Leistungsniveau zu drücken, dass Ansparungen vom oder Ausgleich innerhalb des Regelbedarfes ausschließt. Auf ein mögliches Anschaffungsdarlehen, mit dem zwingend eine Reduzierung der Fürsorgeleistung um 10 % durch Aufrechnung nach § 42 a Abs. 2 Satz 1 SGB verbunden ist, kann nur verwiesen werden, wenn die Regelbedarfsleistung so hoch bemessen ist, dass entsprechende Spielräume für Rückzahlungen bestehen. Das SG kommt unter Berücksichtigung der Zusammensetzung der Bestandteile des Regelbedarfs zu dem Ergebnis, dass für die Antragsteller jeweils nur 1,91 EUR monatlich für Instandhaltungs- u. Er-

haltungsaufwendungen in der Regelleistung vorgesehen sind.

Trotz des eindeutigen Wortlauts von § 42a Abs. 2 Satz 1 SGB II ist nach Ansicht des Sozialgerichts im Zusammenspiel mit § 44 SGB II eine verfassungskonforme Auslegung möglich. Nach § 44 SGB II dürfen Jobcenter Ansprüche erlassen, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre. Soweit im gesetzlichen Rahmen ein Erlass von Forderungen möglich ist, ist als milderes Mittel eine Veränderung der Rückzahlungshöhe als zulässig anzusehen, soweit hierdurch eine Grundrechtsverletzung verhindert werden kann.

**SG Magdeburg,  
Beschluss vom 24.07.2015,  
S 14 AS 1925/15 ER**

## Warmwasserbereitungskosten

Die Warmwasserbereitungskosten sind dann nicht pauschal, sondern konkret zu bestimmen, wenn die konkreten Wassererwärmungskosten durch eine technische Vorrichtung genau bestimmt werden können (LSG NRW, Beschluss vom 28.05.2013, L 9 AS 541/13 B sowie Urteil vom 30.01.2014 - L 6 AS 1667/12).

Erfolgt die Warmwassererzeugung mittels Durchlauferhitzer und damit durch in der Unterkunft installierte,

gesonderte, und eben nicht zentrale, Warmwasserbereitung müssen die tatsächlichen entstehenden Kosten für Warmwasserbereitung übernommen werden, wenn - wie hier - der Kläger für die Durchlauferhitzer auf eigene Kosten einen Stromzähler eingebaut hat, so dass die Kilowattstunden für die Warmwasserbereitung gesondert erfasst werden.

**SG Duisburg, Urteil vom  
23.01.2015, S 14 AS 4603/12**

## Jahresabrechnung für nicht mehr bewohnte Wohnung

§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II dient dem Schutz des Grundbedürfnisses Wohnen. Dieses umfasst Nebenkosten-Nachforderungen des Vermieters hinsichtlich der aktuell bewohnten Wohnung. Forderungen hinsichtlich einer anderen Wohnung, die erst fällig geworden sind, nachdem diese nicht mehr bewohnt wird und nicht auf Zeiten der Hilfebedürftigkeit zurückgehen, beeinträchtigen dieses Grundbedürfnis nicht. Dies gilt auch im Verhältnis zu demselben Ver-

mieter, weil Anknüpfungspunkt für das Rechtsverhältnis zwischen Mieter und Vermieter das jeweilige Mietverhältnis ist. Bestätigt wird dieses Ergebnis durch die Regelung zur Übernahme von Mietschulden, die ebenfalls auf die Sicherung der aktuell bewohnten Unterkunft abzielt (früher: § 22 Abs. 5 SGB II a.F., heute: § 22 Abs. 8 SGB II n.F.).

**BSG, Urteil vom 25.06.2015,  
B 14 AS 40/14 R**

## Anrechnung eines Lohnvorschusses

Zahlt der Arbeitgeber einen Lohnvorschuss im Monat vor Fälligkeit der Lohnzahlung, ist der Grund- und Erwerbstätigenfreibetrag nicht gesondert von dem Bruttowert des Vorschusses und nochmals von dem der Restzahlung zu berechnen und abzusetzen. Die Freibeträge sind ausgehend vom Gesamtbruttolohn des Beschäftigungsmonats zu berechnen und anteilig in den Zuflussmonaten vom Vorschuss und der restlichen Lohnzahlung abzuziehen.

Das SG bezieht sich in dem Urteil u.a. auf die Entscheidung des BSG vom 17.07.2014 (B 14 AS 25/13 R). Darin hatte das BSG festgestellt: Fließt einem Leistungsberechtigten mit nur einem Beschäftigungsverhältnis innerhalb eines Monats in mehreren Monaten erarbeitetes Arbeitsentgelt zu, so ist auch das weitere Einkommen um den Grundfreibetrag für jeden dieser Monate gesondert zu bereinigen.

Wenn nun also - so das SG Halle - bei dem Zufluss eines über einen Zeitraum von mehreren Monaten erarbeiteten Erwerbseinkommens innerhalb eines Monats die Freibeträge nach der Zahl der Beschäftigungsmonate abzusetzen sind, muss dies auch für den umgekehrten Fall gelten:

Wird ein nach dem gewöhnlichen Ablauf in einem Monat zu zahlender Lohn aufgeteilt und in mehreren Monaten gezahlt, können der Grund- und Erwerbstätigenfreibetrag nicht mehrmals gewährt werden. Zwar muss die tatsächliche Zahlung weiterhin dem Zuflussmonat zugeordnet bleiben. Die tatsächlichen Aufwendungen für Steuern usw. können nur von dem Bruttogehalt abgesetzt werden, das der tatsächlichen Zahlung zugrunde liegt. Für die Berechnung der Freibeträge bleibt aber das gesamte im Beschäftigungsmonat erzielte Bruttogehalt ausschlaggebend.

Im konkreten Fall sah die Berechnung so aus:

Der Kläger erhielt letztmalig im Monat August 2012 seinen Lohn am Monatsende. Für September 2012 erhielt er im September 2012 einen Abschlag in Höhe von 416,46 EUR netto (523,69 EUR brutto) ausgezahlt. Im Monat Oktober 2012 erhielt er unter Anrechnung des Abschlages seinen restlichen Lohn in Höhe von 554,12 EUR netto (648,38 EUR brutto). Das Gehalt für den Monat Oktober 2012 erhielt er zur Monatsmitte des Novembers 2012 ausgezahlt.



## Wegeunfähigkeitsbescheinigung

Als Nachweis für die Unfähigkeit, aus gesundheitlichen Gründen beim Leistungsträger zu erscheinen, kommt regelmäßig die Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung in Betracht.

Eine für den Tag der Meldung geltende Bescheinigung über den Eintritt einer Arbeitsunfähigkeit ist daher auch grundsätzlich ausreichend zum Nachweis eines wichtigen Grundes im Sinne des § 32 Abs. 1 S. 2 SGB II. Arbeitsunfähigkeit ist dabei zwar nicht in jedem Einzelfall gleichbedeutend mit einer krankheitsbedingten Unfähigkeit, zu einem Meldetermin zu erscheinen. Mit einer Arbeitsunfähigkeit ist aber regelmäßig die Vermutung verbunden, dass ein Meldetermin aus ge-

sundheitlichen Gründen nicht wahrgenommen werden kann.

In begründeten Ausnahmefällen kann jedoch von dem Leistungsberechtigten zusätzlich die Vorlage einer Reiseunfähigkeitsbescheinigung verlangt werden. Dies kann etwa der Fall sein, wenn der Leistungsberechtigte über einen längeren Zeitraum mehrere Termine unter Vorlage von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen versäumt hat und insoweit Zweifel an einer tatsächlichen Reiseunfähigkeit bestehen.

**SG Frankfurt am Main,  
Urteil vom 11.06.2015,  
S 26 AS 795/13**

Nach Ansicht des SG muss dem Kläger zwar für September ein Bruttogehalt in Höhe von 523,69 EUR bzw. netto 416,46 EUR zugerechnet werden. Der Grundfreibetrag ist aber nur in Höhe von 44,68 EUR und der Freibetrag nur in Höhe von 88,11 EUR zu gewähren. Denn die Freibeträge müssen nach der SG-Logik anteilig, d.h. im Verhältnis des anteiligen Bruttolohns zum Gesamtbruttolohn aufgeteilt werden.

Die Berechnung im Einzelnen:

Wäre das Gehalt komplett ausgezahlt worden, wäre ein Brutto von 1.172,07 EUR (970,58 EUR netto) gezahlt worden. Daraus hätte sich ein Grundfreibetrag von 100 EUR (§ 11b Abs. 2 SGB II) und ein Erwerbstätigenfreibetrag von 197,21 EUR (§ 11b Abs. 3 SGB II: 20 v.H. aus 900 EUR und 10 % für den Restbetrag von 172,07 EUR) ergeben.

Der Abschlag von 523,69 EUR (Brutto September) beträgt 44,68 % des Gesamtbrutto (1.172,07 EUR). Die Freibeträge sind anteilig, d.h. im Verhältnis des anteiligen Bruttolohns zum Gesamtbruttolohn aufzuteilen. Der Grundfreibetrag ist somit nur in Höhe von 44,68 EUR (44,68 % von 100 EUR) und der Erwerbstätigenfreibetrag nur in Höhe von 88,11 EUR (44,68 % von 197,21 EUR) zu gewähren. Die Summe der Freibeträge beläuft sich dann auf 132,79 EUR.

Gleiches gilt für den Monat Oktober 2012. Von dem anteiligen Bruttoeinkommen in Höhe von 648,38 EUR (netto 554,12 EUR) waren ein anteiliger Grundfreibetrag in Höhe von 55,32 EUR und ein Erwerbstätigenfreibetrag in Höhe von noch 109,10 EUR (gerundet) abzuziehen, insgesamt also 164,42 EUR.

Im Ergebnis mindert das Erwerbseinkommen die Bedarfe um noch 283,67 EUR (416,46 EUR minus 132,79 EUR) im Monat September 2012 und um noch 389,70 EUR (554,12 EUR minus 164,42 EUR) im Monat Oktober 2012.

**SG Halle (Saale), Urteil vom  
09.06.2015, S 7 AS 2305/13**

## Nachzahlung von Sozialleistungen sind kein Einkommen

Rechtswidrig zunächst vorenthalten Sozialleistungen (hier: Nachzahlungen nach dem AsylbLG) dürften bei ihrer durch Rechtsmittel erstrittenen Nachzahlung nicht als Einkommen im SGB II berücksichtigt werden.

§ 11 Abs. 1 SGB II a.F., der § 11a Abs. 1 SGB II n.F. entspricht, enthält hinsichtlich des zu berücksichtigenden Einkommens nur eine lückenhafte Regelung, wie schon die Rechtsprechung zu den gemischten Bedarfsgemeinschaften zeigt. Für eine Nichtberücksichtigung von Nachzahlungen nach dem AsylbLG sprechen neben dem Sinn und Zweck der Vorschrift, die eine rechtswidrige Vorenthaltung von Leistungen nicht belohnen will, systematische und historische Zusammenhänge zwischen den drei Fürsorgesystemen SGB II, SGB XII, AsylbLG und ihrer gemeinsamen verfassungsrechtlichen Fundierung im Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art 20 Abs. 1 GG. Aus der Entscheidung des Senats vom 21.12.2009 (B 14 AS 46/08 R) zur Berücksichtigung einer Nachzahlung von ALHI als Einkommen nach § 11 SGB II folgt nichts anderes, weil diese gerade mit den Systemunterschieden zwischen ALHI und ALG II begründet wurde.

**BSG, Urteil vom 25.06.2015, B 14 AS 17/14 R**

## Nachzahlung von ALG ist laufendes Einkommen

Nachzahlungen des ALG I sind als laufende Einnahmen und nicht als einmalige Einnahme zu qualifizieren. Eine einmalige Erbringung - hier Nachzahlungen für den ersten Anspruchsmonat Februar - einer an sich laufenden Einnahme ändert deren Anrechnungsart grundsätzlich nicht (vgl. BSG, Urteil vom 16.05.2012, Az. B 4 AS 154/11 R).

**SG Duisburg, Urteil vom 28.04.2014, S 49 AS 2522/13**

## „Cash statt Handy“ ist kein Einkommen

Erhält ein Hartz-IV-Empfänger aufgrund eines „Cash-statt-Handy-Geschäfts“ anstelle der subventionierten Handy-Kaufoption eine Sofortauszahlung, so ist diese bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die Sofortauszahlung geringer ist, als die Gebühren, die der Hartz-IV-Empfänger ohne Telefonie an das Mobilfunkunternehmen zahlt. Denn insoweit komme es nicht zu einem Vermögenszuwachs, der zur Deckung des Lebensunterhaltes verwendet werden könnte.

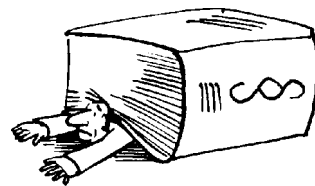
Im entschiedenen Fall hatte die ALG II-Berechtigte vier Mobilfunkverträge mit einer zweijährigen Laufzeit abgeschlossen. Die monatlichen Grundgebühren betrugen im ersten Jahr 14,95 EUR und im zweiten Jahr 10,25 EUR. Anstelle der subventionierten Handys erhielt die Frau von der Firma eine Barauszahlung in Höhe von 1.200 EUR. Das Jobcenter bewertete die Sofortauszahlung als Provision, berücksichtigte diese Zahlung als Einkommen und reduzierte das ALG II sechs Monaten lang um jeweils 200 EUR.

Die Richter beider Instanzen gaben der Frau Recht. Das von ihr getätigte Geschäft sei eine Kombination aus einem Abzahlungsgeschäft betreffend die Option auf den verbilligten Kauf von Handys bei Abschluss von Mobil-

funkverträgen (Vertrag mit dem Mobilfunkunternehmen) in Verbindung mit einer Ersetzung dieser Handy-Kaufoption gegen die Sofortauszahlung von Geld (Vertrag mit einem Händler). Spalte man diese beiden verbundenen Rechtsgeschäfte gedanklich zeitlich auf, habe die Frau letztendlich zunächst vier verbilligte Handys bei dem Mobilfunkunternehmen auf Raten erworben und diese Geräte sodann bei dem Vermittler in Geld umgesetzt.

Werde ein Vermögensgegenstand „zu Geld gemacht“, könne dies jedoch nur dann als Einkommen angesehen werden, wenn ein Mehrerlös erzielt werde. Ein wirtschaftlicher Vermögenszuwachs sei vorliegend jedoch nicht eingetreten. Die Frau habe - ohne je einen der vier Mobilfunkverträge zum Telefonieren genutzt zu haben - zusätzlich zu den Grundgebühren (1.209,60 EUR in zwei Jahren) noch Verwaltungspauschalen sowie Gebühren für Tarifwechsel und für die Rechnungszahlung durch Überweisung gezahlt. Bei einem Gesamtbetrag von 1.630,96 EUR entspreche dies einem jährlichen Zinssatz von fast 18 %. Die ausgezahlten 1.200 EUR seien daher kein anrechenbares Einkommen.

**LSG Hessen, Urteil vom 15.04.201, L 6 AS 828/12**



## Keine erneute ALG II-Zahlung nach Pfändung

Wenn durch eine rückwirkende Bewilligung ALG II für mehrere Monate auf ein Pfändungsschutzkonto nach § 850k ZPO gemäß § 42 SGB II überwiesen wird, kann gegen den Zugriff von Gläubigern Pfändungsschutz beim Vollstreckungsgericht am Amtsgericht gesucht werden. Der Sozialrechtsweg ist hierfür nicht gegeben.

Ein Anspruch auf nochmalige Auszahlung von Arbeitslosengeld II in bar, weil Gläubiger die Leistung vom Pfändungsschutzkonto weggepfändet haben, besteht nicht.

**LSG Bayern, Beschluss vom 09.01.2015, L 7 AS 846/14 B ER**

## Keine pauschale Anrechnung von Pausenverpflegung

Pausenverpflegung, die ein Arbeitgeber bereitstellt, darf nicht pauschal zur Kürzung des Regelbedarfs von Leistungsberechtigten führen. Dies gilt erst recht, wenn sie - wie hier - aus gesundheitlichen Gründen gar nicht verzehrt wird.

Im entschiedenen Fall wandte sich die Klägerin gegen die Anrechnung der Verpflegungspauschale, die sie von ihrem Arbeitgeber erhält. Sie trug vor, dass sie die zur Verfügung gestellten Speisen gar nicht gegessen habe. Aus gesundheitlichen Gründen habe sie viel abgenommen und sehr auf ihre Ernährung geachtet. Das Essen - viel Fleisch, Wurst, Salate mit Mayonnaise - sei jedoch sehr fett und kohlenhydratreich gewesen. Dass trotzdem eine Pauschale angerechnet werde, verletze sie in ihren Persönlichkeitsrechten.

Nach Ansicht des Sozialgerichts verstößt die entsprechende Vorschrift der ALG II-Verordnung (§ 2 Abs. 5 ALG II-V) zur Anrechnung von Verpflegung gegen höherrangiges Recht. Sie beachte nicht, dass nach dem Grundprinzip des SGB II mit der Regelleistung eine abschließend pauschalisierte Leistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes gewährt werde. Eine aufwändige individuelle Bedarfsermittlung sei daneben weder zugunsten noch zulasten der Leistungsempfänger vorgesehen. Die pauschalisierte Regelleistung solle gerade die Selbstverantwortung und Eigenständigkeit der Hilfeempfänger fördern. Bedürfnislosigkeit dürfe nicht zum Leistungsentzug führen.

Selbst aber wenn man die Wirksamkeit der Vorschrift unterstellen

würde, hätte sie einschränkend ausgelegt werden müssen. Unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts und der allgemeinen Handlungsfreiheit der Leistungsbezieher könne eine Anrechnung von Verpflegung nur erfolgen, wenn sie auch tatsächlich verzehrt worden ist. Das Normverständnis des Jobcenters, das allein auf die Bereitstellung der Verpflegung abstelle, beeinträchtige die Betroffenen in ihrer grundrechtlich geschützten Entscheidungsfreiheit. Es sei leistungsrechtlich zu respektieren, wenn Leistungsempfänger auf angebotene Verpflegung verzichteten, zum Beispiel aufgrund religiöser Speisevorschriften, aus gesundheitlichen oder ethisch-moralischen Gründen.

**SG Berlin, Urteil vom 23.03.2015, S 175 AS 15482/14**



## Kein Mehrbedarf bei Laktoseintoleranz

1. Eine kostenaufwändige Ernährung, die nach § 21 Abs. 5 SGB II einen Mehrbedarf auslöst, ist bei einer Laktoseintoleranz in der Regel nicht erforderlich.
2. Bei der Feststellung, ob eine Laktoseintoleranz zu einem Mehrbedarf auslösenden Kostenaufwand führt, können die Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gewährung von Krankenkostzulagen in der Sozialhilfe in der vierten Auflage vom 10.12.2014 grundsätzlich als antizipiertes Sachverständigengutachten herangezogen werden.
3. Zur Zumutbarkeit von Einsparmöglichkeiten durch Umschichtung innerhalb der in der Regelleistung enthaltenen Beträge.

Das Gericht fällte eine Einzelfallentscheidung. Ein eingeholtes Sachverständigengutachten war zu dem Ergebnis gekommen, dass unter Zugrundelegung der Angaben der Klä-

gerin zu ihrer durchschnittlichen wöchentlichen Ernährung von monatlichen Mehrkosten in Höhe von 30 EUR auszugehen sei. Nach Auffassung der Kammer ist aber „unter Heranziehung der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und der Mehrbedarfsempfehlungen indes ein wöchentlicher Verzehr von fünf (!) Litern Milch, acht Stück Joghurt/Fruchtquark und zwei Portionen Milchreis/Grießpudding - gerade beim Vorliegen einer Laktoseunverträglichkeit - keineswegs erforderlich.“ Darüber hinaus sei es „der Klägerin - wie jedem anderen Hilfebedürftigen auch, der eine besondere Ernährung wünscht - zuzumuten, sich durch Umschichtungen innerhalb der in der Regelleistung enthaltenen Beträge eine den persönlichen Vorlieben genügende abwechslungsreichere, aber teurere Ernährung zu verschaffen“.

**SG Freiburg, Urteil vom 17.04.2015, S 15 AS 3600/13 ZVW**

## Sanktionen zulässig

Die vom Sozialgericht Gotha im Beschluss vom 26.05.2015 (S 15 AS 5157/14) geäußerten Bedenken an der grundsätzlichen Verfassungsmäßigkeit der Sanktionsregelungen des SGB II werden vom erkennenden Senat nicht geteilt (vgl. Urteil vom 19.03.2014, L 16 AS 383/11, zur Vorgängerregelung des § 31 SGB II).

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gebietet die Verfassung nicht die Gewährung bedarfsunabhängiger, voraussetzungsloser Sozialleistungen (BVerfG, Urteil vom 07.07.2010, 1 BvR 2556/09).

Dies gilt auch für den vollständigen Wegfall des Arbeitslosengeldes gemäß § 31a Abs. 1 Satz 3 SGB II, wenn das physische Existenzminimum durch ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen sichergestellt ist.

**LSG Bayern, Beschluss vom 08.07.2015, L 16 AS 381/15 B ER**

## Kinder- und Seniorenbetreuung nur mit Qualifikation

Einem Empfänger von Alg II darf keine Arbeitsgelegenheit zugewiesen werden, die ihn zur selbständigen Kinder- und Seniorenbetreuung verpflichtet, wenn er keine entsprechende berufliche Vorbildung oder sonstigen ausreichenden Vorkenntnisse für diese Tätigkeiten hat.

Der Antragsteller ist verheiratet und hat mehrere Kinder. Er war bis Ende 2004 als Bankkaufmann tätig, übt eine selbständige Nebentätigkeit als Versicherungsmakler aus und bezieht ergänzend Alg II. Das Jobcenter versuchte zunächst, mit dem Antragsteller eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen, was jedoch scheiterte. Daraufhin ersetzte er die EGV durch einen Verwaltungsakt, der für den Antragsteller unter anderem die Verpflichtung

enthielt, im Rahmen einer sogenannten Arbeitsgelegenheit für die Komm Aktiv GmbH und in über diese vermittelten Kooperationsbetrieben (Hausmeister Tätigkeiten, Betreuungstätigkeiten von Senioren, Betreuungstätigkeiten von Kindern und/oder Jugendlichen, Betreuungstätigkeiten von behinderten Menschen, Hauswirtschaftshelfertätigkeiten, Botendienste) tätig zu werden. Der Antragsteller weigerte sich, die AGH auszuüben und beantragte die gerichtliche Anordnung der aufschiebenden Wirkung seines gegen den Bescheid eingelegten Widerspruchs. Nachdem das SG Koblenz dies abgelehnt hatte, ordnete das LSG auf seine Beschwerde die aufschiebende Wirkung an. Es bestünden ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts, so dass die für die An-

ordnung der aufschiebenden Wirkung erforderliche Interessenabwägung zugunsten des Antragstellers ausgehe. Die Betreuung von Kindern, behinderten Menschen und Senioren ist aus Sicht des Gerichts wegen der hohen fachlichen Anforderungen nicht für Personen ohne berufliche Erfahrung oder sonstige Vorkenntnisse geeignet. Weil die AGH auf den konkreten Einzelfall zugeschnitten sein müsse und die Tätigkeiten bei der Komm Aktiv GmbH insoweit als Einheit betrachtet werden mussten, konnte auch keine Beschränkung der Anordnung der aufschiebenden Wirkung auf die Betreuungstätigkeiten vorgenommen werden.

**LSG Rheinland-Pfalz,  
Beschluss vom 28.04.2015,  
L 3 AS 99/15 B ER**



## Darlehen für KfZ

Im Einzelfall kann sich aus § 16 f SGB II „Freie Förderung“ ein Anspruch auf Gewährung eines Darlehens zum Erwerb eines PKW ergeben, sofern dieser zur Erhaltung einer Erwerbstätigkeit erforderlich ist.

Das LSG hat im Rahmen eines Eilverfahrens entschieden, dass das Jobcenter der Arbeitnehmerin, vorläufig ein Darlehen zur Anschaffung eines PKW gewähren muss, wenn andernfalls Arbeitslosigkeit droht. Im konkreten Fall war der PKW zur Ausübung der Tätigkeit erforderlich und die Anschaffung nicht von vornherein unwirtschaftlich.

Im entschiedenen Fall war die Klägerin bei einer Leiharbeitsfirma als Pflegehelferin beschäftigt und bezog ergänzendes Alg II. Um zu den verschiedenen Arbeitsorten zu gelangen, nutzt die Klägerin ihren privaten PKW. Weil der Wagen liegen geblieben sei und eine Reparatur 1000 EUR kosten werde, beantragte sie beim Jobcenter ein Darlehen. Sie benötige für ihre Arbeit einen privaten PKW und bitte um Unterstützung bei der Vermeidung der drohenden Arbeitslosigkeit.

Das Jobcenter und Sozialgericht lehnten das Darlehen ab. Das SG hat die Gewährung des Darlehens im Rahmen des Eilverfahrens abgelehnt, da die Antragstellerin einen Anspruch auf die Darlehensgewährung nur bei einer Ermessensreduzierung auf null habe.

Der 11. Senat des LSG hat aber das Jobcenter im Eilrechtsschutz vorläufig verpflichtet, das Darlehen in Höhe von 2.000 EUR zur Bezahlung des bereits gekauften PKW zu gewähren. Das LSG führte weiter aus, dass es zwar grundsätzlich eine Ermessensentscheidung des Leistungsträgers sei, ob ein Darlehen nach § 16 f SGB II gewährt werde. Hier habe das Jobcenter aber das Ermessen fehlerhaft ausgeübt, da die individuelle - auch die familiäre - Situation der Antragstellerin nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Da die Antragstellerin bei ihrem Arbeitsverhältnis auf einen PKW angewiesen sei und sonst der Arbeitsplatzverlust drohe, sei es dem Jobcenter im Rahmen einer Folgenabwägung zuzumuten, ein Darlehen zu gewähren, zumal sich die Antragstellerin mit der Rückzahlung in monatli-

chen Raten von 200 EUR einverstanden erklärt habe.

Der 11. Senat des LSG hat weiter ausgeführt, dass § 16 f SGB II dem Jobcenter die Möglichkeit gebe, die gesetzlich geregelten Eingliederungsleistungen durch freie Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zu erweitern. Diese Leistungen könnten auch präventiv zur Abwendung des Arbeitsplatzverlustes erbracht werden. Dies gelte auch dann, wenn trotz Erwerbstätigkeit weiter Hilfebedürftigkeit bestehe. Im Rahmen der freien Förderung komme auch grundsätzlich eine Darlehensgewährung zum Erwerb eines PKW in Betracht. Die Antragstellerin und ihr Arbeitgeber hätten auch glaubhaft gemacht, dass für ihre Arbeitseinsätze Mobilität mit einem PKW zwingend erforderlich sei. Ob der gekaufte PKW marktpreisgerecht sei, müsse im Hauptsacheverfahren überprüft werden. Eine PKW Anschaffung für 2.400 EUR erscheine jedenfalls nicht von vornherein unwirtschaftlich.

**LSG Niedersachsen-Bremen,  
Beschluss vom 13.05.2015,  
L 11 AS 676/15 B ER**





## Keine Umschulung zum Automobilkaufmann für verurteilten Internetbetrüger

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Gestalt einer Umschulung zum Automobilkaufmann können für einen wegen Internetbetruges zu einer Bewährungsstrafe verurteilten Arbeitslosen mit der Begründung abgelehnt werden, dass er in dem Umschulungsberuf wegen der Verurteilung voraussichtlich keine dauerhafte Anstellung finden werde.

Dies hat das Sozialgericht Dortmund im Falle eines gelernten Kraftfahrzeugmechanikers aus Bergkamen entschieden, der wegen gewerbsmäßigen Betruges (Angebot nicht vorhandener Waren auf eBay) im August 2014 zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt worden war. Die Agentur für Arbeit Hamm lehnte eine ebenfalls im August 2014 beantragte Umschulung zum Automobilkaufmann im Berufsförderungswerk Dortmund ab, weil es an einer Eignung des Antragstellers für die Umschulung im kaufmännischen Bereich fehle.

Den hiergegen bei dem Sozialgericht Dortmund gestellten Antrag auf Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz hat das Sozialgericht abgelehnt. Die erforderliche Eignung des Rehabilitanden für die konkrete Maßnahme setze voraus, dass er durch sie auf Dauer beruflich eingegliedert werden könne. Daran fehle es im Falle des Antragstellers, da er die Vorstrafe potentiellen Arbeitgebern jedenfalls auf Nachfrage angeben müsse. Denn seine Verurteilung wegen gewerbsmäßigen Betruges lasse negative Rückschlüsse auf die Zuverlässigkeit als Automobilkaufmann zu. Zudem sei die aktuelle Verurteilung wie bereits frühere Verurteilungen des Antragstellers in sein polizeiliches Führungszeugnis aufzunehmen.

**SG Dortmund,  
Beschluss vom 18.05.2015,  
S 35 AL 256/15 ER**



## Jahresfrist für Rückforderungsbescheide

§ 45 Abs. 4 Satz 2 SGB X (Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsaktes für die Vergangenheit) zieht eine zeitliche Grenze von einem Jahr. Die Behörde muss die Rücknahme innerhalb eines Jahres nach Kenntnis der Tatsachen verfügen, die zur Rücknahme berechtigen. Dies ist spätestens dann der Fall, wenn die Bewilligung erstmals aufgehoben wurde.

Im entschiedenen Fall hatte das Jobcenter im Mai 2011 wegen zugeflossenen Einkommen eine Erstattung von 650 EUR überzahlter Leistungen geltend gemacht. Auf Grund eines Formfehlers hob das Jobcenter die Erstattungsentscheidung im November 2011 wieder auf. Nach einer Neuberechnung forderte das Jobcenter im

August 2013 erneut, diesmal 1.300 EUR, von den Klägern zurück.

Die Klage hiergegen hatte Erfolg. Das Gericht vertrat die Auffassung, die Behörde habe die Jahresfrist für die Aufhebung der überzahlten Leistungen verstreichen lassen. Nach der gesetzlichen Regelung müsse die Behörde die Leistungsbewilligung innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen zurücknehmen, welche die Rücknahme der Zahlungen für die Vergangenheit rechtfertigten. Dies sei der Zeitpunkt, an dem die Bewilligungsentscheidung erstmals aufgehoben worden sei, hier im Mai 2011. Die Jahresfrist sei daher bereits im Mai 2012 abgelaufen.

**SG Gießen, Urteil vom  
05.05.2015, S 22 AS 629/13**



## Babybettwäsche zum Wechseln für Neugeborene

Die Klägerin war nach einem rund achtmonatigen Aufenthalt im Ausland im Juli 2014 mittellos und schwanger wieder in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und zog zunächst zu ihren Eltern nach Heilbronn, welche ihre Tochter - die über kein eigenes Auto verfügt - und ihren im November 2014 geborenen Enkel regelmäßig mit dem Kfz befördern. In der Folgezeit bewilligte das Jobcenter ihr verschiedene Hartz IV-Leistungen (u.a. lediglich eine Babybettwäsche als sog. Erstausrüstung für die Geburt), lehnte es aber ab, die Kosten für einen Autobabysitz (sog. „Babysafe“; 20 EUR) und für eine zweite Babybettwäsche (25 EUR) zu übernehmen.

Die hiergegen gerichtete Klage war erfolgreich: Die Erstausrüstung bei Geburt beinhalte grundsätzlich eine komplette Babyausrüstung, die die Befriedigung von einfachen und grundlegenden Bedürfnissen zulasse und im unteren Segment des Preisniveaus liege. Hier sei eine zweite Bettwäschegarnitur bereits deshalb notwendig, weil die von einem Säugling benutzte

Kinderbettwäsche hygienebedingt besonders häufig gewechselt werden müsse. Entgegen der Einschätzung des beklagten Jobcenters genüge es daher nicht, eine beispielsweise durch eine ausgelaufene Windel verunreinigte Bettwäsche lediglich mit einem Handtuch abzudecken. Im Übrigen bestehe auch ein Anspruch auf einen Babykindersitz. Denn ausgehend vom konkreten Bedarf des Neugeborenen, der von seinen Großeltern regelmäßig in deren PKW transportiert wird, komme es nicht darauf an, dass die Eltern selbst über kein Auto verfügen. Anders als das beklagte Jobcenter offensichtlich meine, könne der Säugling auch nicht im Auto mit einer herkömmlichen Tragetasche eines Kinderwagens befördert werden. Denn Kinder bis zum 12. Lebensjahr müssten im Auto grundsätzlich durch besondere Rückhaltesysteme, wie hier beispielsweise durch einen geeigneten Autobabysitz, geschützt werden (§ 21 Abs. 1a StVO).

**SG Heilbronn, Urteil vom  
28.07.2015, S 11 AS 44/15**

## Kein Zugang zur Diensttelefonliste des Jobcenters

Es besteht kein Anspruch auf Zugang zur aktuellen Diensttelefonliste des Jobcenters Köln.

Das beklagte Jobcenter beschäftigt an seinen sieben Standorten im Stadtgebiet rund 1.300 Mitarbeiter. Es bietet seinen Kunden die Möglichkeit, innerhalb fester Öffnungszeiten sowie nach Vereinbarung persönlich vorzusprechen und beraten zu werden. Für die telefonische Kontaktaufnahme ist ein Service-Center eingerichtet, das unter einer einheitlichen (im Internet veröffentlichten) Telefonnummer erreichbar ist.

Der klagende Alg II-Berechtigte hatte unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes verlangt, ihm die aktuelle Diensttelefonliste mit den Durchwahlnummern aller Sachbearbeiter zur Verfügung zu stellen. Das Verwaltungsgericht hatte die Klage abgewiesen. Mit der dieses Ergebnis bestätigenden Entscheidung

des Oberverwaltungsgerichts liegt nun das erste obergerichtliche Urteil zu einer bundesweit umstrittenen Rechtsfrage vor.

In der mündlichen Urteilsbegründung hat der Vorsitzende ausgeführt, dass das IFG keinen allgemeinen Anspruch auf Bekanntgabe der Durchwahlnummern aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters begründe. Der Anspruch sei nach § 3 Nr. 2 IFG ausgeschlossen. Zu den von dieser Vorschrift erfassten Schutzgütern der öffentlichen Sicherheit zähle auch die Funktionsfähigkeit der staatlichen Einrichtungen. Die Organisationsentscheidung des Beklagten, die telefonische Erreichbarkeit nicht durch die eigenen Sachbearbeiter, sondern durch ein speziell dafür zuständiges Service-Center der Bundesagentur für Arbeit durchzuführen, diene einer effektiven Organisation der Arbeitsabläufe. Dadurch solle sichergestellt werden, dass die Sachbearbeiter des

Beklagten ihre Arbeitskraft und -zeit ganz in den Dienst der Leistungsbearbeitung und persönlichen Beratungsgespräche stellen können, ohne dabei ständig durch Spontan-Anrufe unterbrochen und in ihrer Konzentration gestört zu werden. Zudem werde das Problem vermieden, dass der persönlich anwesende Kunde das Telefonat mithören könne oder zur Gewährleistung des Datenschutzes den Beratungsraum verlassen müsse. Der im Bereich der Massenverwaltung einer Großstadt tätige Beklagte habe dieses Konzept für erforderlich halten dürfen, um die Funktionsfähigkeit seiner Einrichtung bestmöglich zu gewährleisten.

Der Senat hat wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen.

**OVG Münster, Urteil vom 16.06.2015, 8 A 2429/14**

## Alg II - Forderungserlass

Zum Erlass einer Forderung ist ausschließlich derjenige Leistungsträger befugt, der Inhaber des Anspruchs ist, nicht hingegen - z.B. bei Umzug - neu zuständig gewordene Leistungsträger.

Die bloße Unterdeckung des Regelbedarfs führt allein nicht zu einer Unbilligkeit i.S.d. § 44 SGB II.

Die Unbilligkeit der Einziehung einer (Darlehensrückzahlungs-) Forderung ist zu verneinen, wenn die Darlehensgewährung zur Begleichung von Mietschulden deswegen erforderlich wurde, weil die in tatsächlich anfallender Höhe gewährten Leistungen für Unterkunft und Heizung (teilweise) zweckwidrig verbraucht wurden.

Die Einziehung einer Forderung ist, auch soweit existenzsichernde Leistungen betroffen sind, in zeitlicher Hinsicht nicht begrenzt.

**LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 21.05.2014, L 3 AS 2383/13**



## Einstweilige Anordnung

Verweigert das Jobcenter die Fortzahlung des Alg II wegen einer vorläufigen Zahlungseinstellung und ist der maßgebliche Bewilligungsbescheid noch nicht aufgehoben worden, so ist ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung statthaft.

Ergeht nach einer vorläufigen Zahlungseinstellung nicht binnen zwei Monaten ein Aufhebungsbescheid, besteht für das Jobcenter kein Recht zur Verweigerung der Zahlung von Arbeitslosengeld II aus einem erteilten Bewilligungsbescheid.

Ein zur Vermeidung der Vorwegnahme der Hauptsache im Rahmen einer einstweiligen Anordnung grundsätzlich zulässiger Abschlag von den in Betracht kommenden Leistungen ist dann nicht vorzunehmen, wenn die Erfolgsaussicht einer Klage in der Hauptsache offensichtlich ist.

**LSG Bayern, Beschluss vom 15.07.2015, L 11 AS 353/15 B ER**

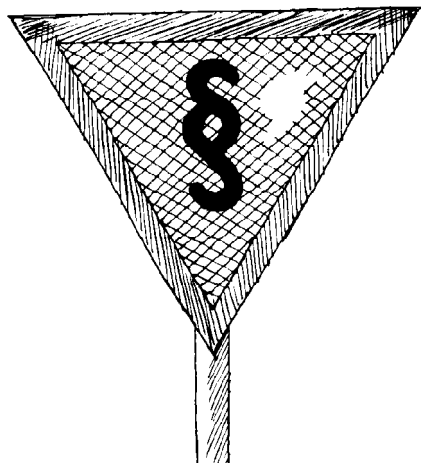


## Sperrzeit wegen verspäteter Arbeitsuchendmeldung

Eine Sperrzeit wegen nicht rechtzeitiger Arbeitsuchendmeldung erfordert eine doppelte Verschuldensprüfung: Zum einen muss der Arbeitslose Kenntnis von der Obliegenheit zur Arbeitsuchendmeldung gehabt haben bzw. nach seinen individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten fahrlässig darüber in Unkenntnis gewesen sein und zum zweiten muss er sich zumindest leicht fahrlässig nicht unmittelbar nach Kenntniserlangung arbeitsuchend gemeldet haben.

Die Versicherungswidrigkeit des Verhaltens des Klägers entfällt nicht deshalb, weil die Vermittlung des Klägers in Arbeit aufgrund seiner gesundheitlichen Einschränkungen und seines Alters (möglicherweise) erschwert war. Die Auffassung der Vorinstanz, § 38 SGB III bzw. § 144 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 SGB III a.F. sei so auszulegen, dass bei offensichtlich aussichtslosen Vermittlungsbemühungen, von denen bei einem schwerbehinderten Versicherten kurz vor Beendigung des 63. Lebensjahres auszugehen sei, ein Schaden ausgelöst durch die verspätete Arbeitsuchendmeldung unter jedem erdenklichen Gesichtspunkt ausscheide und deshalb eine Sperrzeit wegen verspäteter Arbeitsuchendmeldung nicht zu rechtfertigen sei, ist mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringen.

**LSG NRW, Urteil vom 25.09.2014, L 9 AL 236/13**



## BSG schränkt BKGG verfassungskonform ein

Für nicht freizügigkeitsberechtigte Ausländer, die wegen eines dauernden Abschiebungshindernisses im Besitz eines Aufenthaltstitels nach § 25 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) sind, verlangt das Gesetz für einen Kindergeldanspruch, dass sich der Ausländer 1. seit mindestens drei Jahren rechtmäßig, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufgehalten hat, 2. sein Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt und er 3. im Bundesgebiet tatsächlich erwerbstätig sein, laufende Geldleistungen nach dem SGB III beziehen oder Elternzeit in Anspruch nehmen muss.

Kinder, die ohne Eltern schon lange in Deutschland leben, weil sie nicht abgeschoben werden können und deshalb über einen entsprechenden Aufenthaltstitel verfügen, können diese Voraussetzungen nicht erfüllen, weil sie keine Erwerbstätigkeit ausüben dürfen. Der Senat hat das BKGG in

Bezug auf das Erfordernis einer Erwerbstätigkeit verfassungskonform eingeschränkt, denn ein Gesetz darf nichts verlangen, was rechtlich oder tatsächlich unmöglich ist. Kinderarbeit ist in Deutschland im Grundsatz gesetzlich verboten. Elternlosen bzw. unbegleiteten ausländischen Kindern darf deshalb Kindergeld für sich selbst nicht allein mit der Begründung versagt werden, sie seien im Anspruchszeitraum nicht erwerbstätig (gewesen). Ein solches Kind kann vielmehr Kindergeld für sich selbst verlangen, wenn es die geforderten drei Jahre Voraufenthalt in Deutschland sowie eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG aufweisen kann, solange es auf Grund seines geringen Alters ohnehin nicht erwerbstätig sein durfte oder ihn danach sein Schulbesuch an einer Erwerbstätigkeit hindert.

**BSG, Urteil vom 05.05.2015, B 10 KG 1/14 R**

## BVerfG: Betreuungsgeld verfassungswidrig

§§ 4a bis 4d Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in der Fassung des Gesetzes zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz) vom 15.02.2013 (Bundesgesetzblatt I Seite 254) sind mit Art 72 Abs. 2 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig.

Der Begriff der öffentlichen Fürsorge in Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 GG setzt voraus, dass eine besondere Situation zumindest potenzieller Bedürftigkeit besteht, auf die der Gesetzgeber reagiert. Dabei genügt es, wenn eine - sei es auch nur typisierend bezeichnete und nicht notwendig akute - Bedarfslage im Sinne einer mit besonderen Belastungen einhergehenden Lebenssituation besteht, auf deren Beseitigung oder Minderung das Gesetz zielt.

Will der Bundesgesetzgeber verschiedene Arten von Leistungen der öffentlichen Fürsorge begründen, muss grundsätzlich jede Fürsor geleis-

tung für sich genommen den Voraussetzungen des Art. 72 Abs. 2 GG genügen. Das Betreuungsgeldgesetz genügt dem nicht. Insbesondere ist es nicht zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erforderlich. Dies wäre nur der Fall, wenn sich die Lebensverhältnisse in den Ländern in erheblicher, das bundesstaatliche Sozialgefüge beeinträchtigender Weise auseinanderentwickelt hätten oder sich eine derartige Entwicklung konkret abzeichnete.

Die Erforderlichkeit der Bundesgesetzgebung im Sinne des Art. 72 Abs. 2 GG hinsichtlich eines Instruments der öffentlichen Fürsorge kann sich nur dann auf ein für sich genommen nicht nach Art. 72 Abs. 2 GG erforderliches Förderinstrument erstrecken, wenn die Instrumente objektiv in einem sachlichen Unteilbarkeitsverhältnis stehen.

**BVerfG, Urteil vom 21.07.2015, 1 BvF 2/13**



## Entlastungsbetrag für Alleinerziehende: Unwiderlegbare Vermutung der Haushaltszugehörigkeit

Die Meldung eines Kindes in der Wohnung eines Alleinerziehenden begründet eine unwiderlegbare Vermutung für die Haushaltszugehörigkeit des Kindes. Bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen ist ein Entlastungsbetrag für Alleinerziehende zu gewähren.

Nach § 24b Abs. 1 Satz 1 EStG können alleinstehende Steuerpflichtige einen Entlastungsbetrag in Höhe von 1.308 EUR im Kalenderjahr von der Summe der Einkünfte abziehen, wenn zu ihrem Haushalt mindestens ein Kind gehört, für das ihnen ein Freibetrag nach § 32 Abs. 6 EStG oder Kindergeld zusteht. Die Zugehörigkeit zum Haushalt ist nach § 24b Abs. 1 Satz 2 EStG anzunehmen, wenn das Kind in der Wohnung des alleinstehenden Steuerpflichtigen gemeldet ist. Nach der Entscheidung des BFH vermutet § 24b Abs. 1 Satz 2 EStG unwiderlegbar, dass ein Kind, das in der Wohnung des alleinstehenden Steuerpflichtigen gemeldet ist, zu dessen Haushalt gehört. Danach kann der Alleinerziehende bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen den steuerlichen Entlastungsbetrag auch dann beanspruchen, wenn das Kind tatsächlich in einer eigenen Wohnung lebt.

**BFH, Urteil vom 05.02.2015,  
III R 9/13**



## Keine abschlagsfreie Altersrente mit 63 für Bestandsrentner mit Abschlägen

Rentner, die bereits eine Altersrente mit Abschlägen wegen vorzeitiger Inanspruchnahme beziehen, können nicht in die zum 01.07.2014 eingeführte abschlagsfreie Altersrente für besonders langjährig Versicherte wechseln.

Dies hat das Sozialgericht Dortmund im Falle einer Versicherten aus Hamm entschieden, die bereits seit dem 01.05.2013 Altersrente für Frauen mit einem Abschlag von 5,7 % für 19 Monate vorzeitiger Inanspruchnahme bezieht.

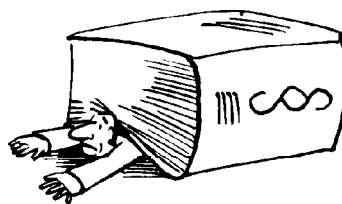
Die Deutsche Rentenversicherung lehnte einen Wechsel in die zum 01.07.2014 eingeführte Altersrente für besonders langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren und vollendetem 63. Lebensjahr (§ 236b SGB VI) ab.

Mit der hiergegen erhobenen Klage rügte die Klägerin eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung. Ein Rentenartwechsel müsse möglich sein, weil sie die gesetzlichen Voraussetzungen der abschlagsfreien vorzeitigen

Altersrente erfülle. Auf den Zeitpunkt der Rentenanspruchstellung könne es insoweit nicht ankommen. Der Gesetzgeber habe den langjährig versicherten privilegierten Jahrgängen eine abschlagsfreie Rente ermöglichen wollen.

Das Sozialgericht Dortmund hat die Klage als unbegründet abgewiesen. Nach bindender Bewilligung einer Altersrente sei der Wechsel in eine Altersrente für besonders langjährig Versicherte gemäß § 34 Abs. 4 SGB VI ausgeschlossen. Der Ausschluss des Rentenartwechsels sei durch die Einführung der abschlagsfreien Altersrente mit 63 zum 01.07.2014 nicht modifiziert worden. Der Gesetzgeber habe auch eine Stichtagsregelung zur Einführung der Privilegierung von langjährig Versicherten treffen dürfen. Damit liege weder eine Regelungslücke noch eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung von Bestandsrentnern vor.

**SG Dortmund, Urteil vom  
12.06.2015, S 61 R 108/15**



## Pfändungsschutz für Einkünfte aus Untervermietung

Der Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte umfasst auch Einkünfte einer Untervermietung (im Anschluss an BGH, Beschluss vom 26.06.2014, IX ZB 88/13)

Im entschiedenen Fall hatte ein Alg II-Berechtigter einen Teil seiner Wohnung für 150 EUR untervermietet. Das Amtsgericht - Vollstreckungsgericht - hatte die Ansprüche des Schuldners auf Zahlung des Untermietzinses gegen den Drittschuldner gepfändet und der Gläubigerin zur Einziehung überwiesen. Einen

Vollstreckungsschutzantrag des Schuldners wurde zurückgewiesen.

Der BGH hat nun entschieden, dass die Mieteinnahmen dem Pfändungsschutz nach § 850i Abs. 1 ZPO unterliegen. Der Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte nach § 850i Abs. 1 ZPO erfasst alle eigenständig erwirtschafteten Einkünfte. Dies gilt auch, wenn es sich um Mieteinkünfte handelt.

**BGH, Beschluss vom 23.04.2015,  
VII ZB 65/12**



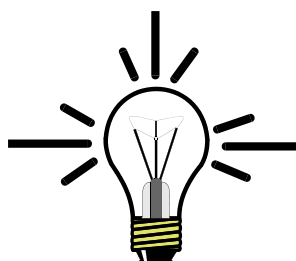
## Dritte Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe

Der Deutsche Verein hat am 16.06.2015 mit seinen Dritten Empfehlungen die letzten Empfehlungen aus dem Jahr 2012 ersetzt. Nach wie vor wird der zu hohe Verwaltungsaufwand kritisiert. „Die gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen der einzelnen Bildungs- und Teilhabeleistungen, die zum Teil eine Vielzahl unbestimmter und daher ausfüllungsbedürftiger Rechtsbegriffe enthalten, machen die Umsetzung ebenfalls administrativ aufwändig.“ In der Zwischenzeit vollzogene gesetzliche Änderungen bezüglich der Rechtsauslegung und des Umfangs der Leistungen haben neue Fragen bei der Administration der Bildungs- und Teilhabeleistungen aufgeworfen.

Die Empfehlungen greifen die praktischen Erfahrungen der Leistungsberechtigten sowie der Träger und Anbieter von Leistungen im Rechtskreis des SGB II, SGB XII, BKG sowie des AsylbLG auf. Sie werden unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und - soweit bekannt - auch der Landessozialgerichte in dieser Neuauflage aktualisiert und an den Stand der Gesetzgebung angepasst.

Die vollständige Empfehlung umfasst inzwischen 47 Seiten und kann beim DV heruntergeladen werden:

<http://snipurl.com/2a3y70y>



## Verleih von Strom-Messgeräten

Besonders für Alg II-Berechtigte und Geringverdienende werden steigende Energiepreise mehr und mehr zum Problem. Viele Haushalte sind von Stromsperrungen betroffen und wissen nicht, wie sie ihre Stromschulden bezahlen sollen. Daher lohnt es sich, den Stromverbrauch genauer unter die Lupe zu nehmen.

Neben Angeboten örtlicher Träger (z.B. Caritasverband), die mitunter im Rahmen eines Energiespar-Services zu den Kunden nach Hause kommen, dort eine Bestandsaufnahme aller wichtigen Energieverbraucher vornehmen und die Stromrechnungen überprüfen, gibt es auch Möglichkeiten der Selbsthilfe. So bietet die Verbraucherzentrale NRW in 58 Städten einen kostenlo-

sen Verleih von Strom-Messgeräten an, mit denen man Stromfressern auf die Schliche kommen kann. Die selbsterhobenen Werte kann man dann bei Bedarf in einer Beratungsstelle der Verbraucherzentrale mit einem Energieberater besprechen und geeignete Sparmaßnahmen planen.

Weitere Einzelheiten findet man auf der Seite der VZ NRW:

<http://snipurl.com/2a45oim>

Aber auch andere Verbraucherzentralen und verschiedene Energieversorgungsunternehmen bieten kostenlose Leihgeräte. Nur ein Pfand (meist 20 EUR) muss als Sicherheit hinterlegt werden.

## Zwangsverrentung bei Hartz IV bleibt

Die Fraktion Die Linke ist im Bundestag mit ihrem Vorstoß gescheitert, Zwangsverrentungen bei älteren Empfängerinnen von Hartz-IV-Leistungen abzuschaffen. Einen entsprechenden Antrag (18/589) lehnte der Ausschuss für Arbeit und Soziales am Mittwochvormittag mit Koalitionsmehrheit ab. Neben den Linken stimmten auch Bündnis 90/Die Grünen für die Vorlage.

In ihrem Antrag hatte die Linke einen Gesetzentwurf gefordert, der die im SGB II enthaltene Verpflichtung, einen vorzeitigen Rentenantrag zu stellen, aufhebt. Auch sollten die Jobcenter keine Berechtigung mehr haben, unabhängig vom Willen der Betroffenen für diese einen Rentenantrag zu stellen.

Die SPD-Fraktion bekräftigte, dass es in diesem Zusammenhang eine Gerechtigkeitslücke im SGB II gebe. Es mache jedoch keinen Sinn, dieses Thema aus dem Gesamtkonzept zu flexibleren Rentenübergängen herauszulösen. Man dürfe aber vom Prinzip der Nachrangigkeit nicht abrücken. Eine Weiterentwicklung der sogenannten Unbilligkeitsverordnung könne eine Möglichkeit für Verbesserungen sein, so die SPD. Diese Verordnung legt fest, wann es einem Bezieher von Arbeitslosengeld II nicht zuzumuten ist, einen Rentenantrag zu stellen.

Die Grünen betonten, die bisherige Praxis sei ein eklatanter Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Auch sollte man das Thema nicht mit dem Komplex der Flexi-Rente vermengen, sondern einfach ein schlankes Gesetz dazu machen.

Die CDU/CSU-Fraktion verwies auf den ordnungspolitischen Faktor, den man nicht ignorieren dürfe. Eine einfache Abschaffung der Zwangsrente würde das System der Nachrangigkeit auf den Kopf stellen. Die Fraktion plädierte dafür, zunächst die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Flexi-Rente abzuwarten und betonte, dass es sich bei dem Problem um kein Massenphänomen handele.

## Mietkaution im SGB II

Zwar gibt es keine gesetzliche Verpflichtung zur Zahlung einer Mietkaution, aber in der Praxis wird fast immer in Zusammenhang mit einer Wohnungsvermietung die Zahlung einer Mietkaution zwischen Mieter und Vermieter verlangt und vertraglich vereinbart. Obergrenze für die Höhe der Mietkaution ist dabei das Dreifache der auf einen Monat entfallenden Miete (§ 551 Abs. 1 Satz 1 BGB).

Alg II-Berechtigte, die eine neue Wohnung anmieten wollen oder müssen, können die Kautionszahlung oft nicht aus eigener Kraft aufbringen. Zwar ist es vom Gesetz her möglich, die Kautionszahlung auch in drei gleichen monatlichen Teilzahlungen zu entrichten (§ 551 Abs. 1 Satz 2 BGB), aber Vermieter bestehen oftmals auf Zahlung in einer Summe und die meisten Alg II-Berechtigten können auch entsprechend hohe Raten nicht aufbringen.

Als Lösung bietet sich für diese Personengruppe die Beantragung eines Darlehens beim Jobcenter an. Rechtliche Grundlage ist hierfür § 22 Abs. 6 SGB II, in dem die Übernahme als „Soll“-Regelung gestaltet ist, „wenn der Umzug durch den kommunalen Träger veranlasst oder aus anderen Gründen notwendig ist und wenn ohne die Zusicherung eine Unterkunft in einem angemessenen Zeitraum nicht gefunden werden kann.“ Rechtlich ist die Kautionsübernahme damit den Wohnungsbeschaffungskosten zugeordnet, die als Darlehen erbracht werden „soll“ (§ 22 Abs. 6 Satz 3 SGB II). Dieses Verfahren ist auch gängige Praxis - nur einige wenige Jobcenter bieten (noch) im Regelfall eine kommunale Kautionsbürgschaft an. Hierbei handelt es sich aber um ein auslaufendes Modell, das zwar mit Billigung der Bundesregierung, aber ohne erkennbare Rechtsgrundlage praktiziert wird.

Weitere Voraussetzung für das Darlehen ist allerdings, dass der Bedarf nicht durch Vermögen oder auf andere Weise zu decken ist (§ 42a SGB II). Auch Schonvermögen muss also geopfert werden, bevor ein Darlehen in Betracht kommt. Eingesetzt werden muss auch eine für die vorherige Unterkunft gestellte Kautionszahlung, sofern sie zurückgezahlt

wurde und damit für die neue Mietkaution zur Verfügung steht. Zuständig für den Darlehensantrag ist das örtliche Jobcenter. Bei Umzug in eine andere Gemeinde ist der Antrag beim Jobcenter der Zuzugsgemeinde zu stellen.

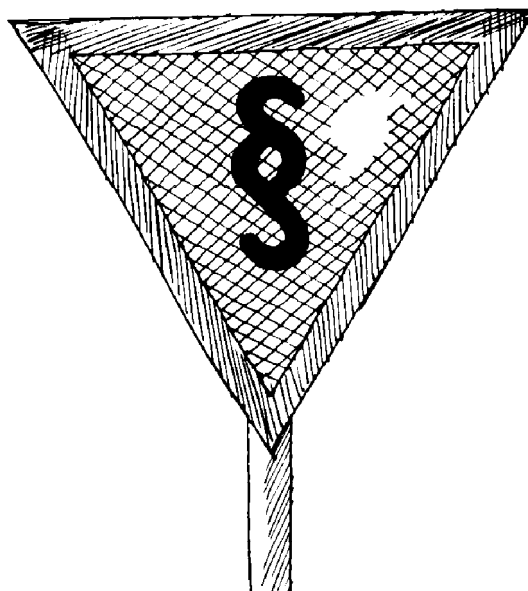
§ 42a SGB II ist auch der Paragraph, der 2011 in das SGB II aufgenommen wurde und bestimmt, dass Darlehen mit 10 % des Regelbedarfs getilgt werden. Bis 2010 wurde zwar auch von den Jobcentern versucht, Mietkautionsdarlehen aufzurechnen. Die Jobcenter waren aber mit diesem Ansinnen bei den Sozialgerichten regelmäßig gescheitert. Seit 2011 gilt aber nun vom Wortlaut her für alle Darlehen: „Solange Darlehensnehmer Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen, werden Rückzahlungsansprüche aus Darlehen ab dem Monat, der auf die Auszahlung folgt, durch monatliche Aufrechnung in Höhe von 10 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs getilgt.“ Das Darlehen darf übrigens nur an die mietvertraglich verpflichteten leistungsberechtigten Personen der Bedarfsgemeinschaft gewährt werden, also z.B. nicht an die (minderjährigen) Kinder innerhalb einer BG (BSG, Urteil vom

18.11.2014, B 4 AS 3/14). Dass nun seit 2011 auf der Basis des § 42a SGB II auch Mietkautionen regelmäßig mit 10 % des Regelbedarfs aufgerechnet werden, ist von Anfang nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch in der Rechtsprechung und Fachöffentlichkeit in der Kritik gewesen. Unter anderem wurden verfassungsrechtliche Bedenken geäußert. Mit dem nun bekannt gewordenen Beschluss des BSG deutet sich nun erstmals eine ansatzweise Abkehr vom Tilgungsgebot bei Kautionsdarlehen an. Zwar war eigentlich ein vom BSG zugelassenes Revisionsverfahren beim BSG anhängig (B 4 AS 419/13 B vom 13.02.2014), bei dem geklärt werden sollte:

a) Ist § 42a Abs. 2 SGB II (verfassungsgemäß) so auszulegen, dass Mietkautionsdarlehen nach § 22 Abs. 6 SGB II von § 42a Abs. 2 Satz 1 SGB II nicht erfasst werden?

Wenn nein:

b) Ist § 42a Abs. 2 SGB II insofern verfassungswidrig, als die Vorschrift dazu führt, dass Mietkautionsdarlehen durch monatliche Aufrechnung gegen den Regelbedarf getilgt werden müssen?



Weil der Kläger, der durch die Anwälte von „Sozialrecht in Freiburg“ vertreten wurde, aber zwischenzeitlich verstorben war, wurde die Revision zurückgenommen. Es blieb somit nur noch die Frage offen, ob das Jobcenter die außergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits zu tragen hat. Dies wurde in dem Verfahren (B 4 AS 11/14 R vom 29.06.2015) bejaht. In der Begründung des Beschlusses erwähnt das BSG, dass der Kläger sein im Vordergrund stehendes „Ziel der Beseitigung der Verpflichtung zur Tilgung durch monatliche Aufrechnung mit dem Regelbedarf [...] nach der Rechtsauffassung des Senates erreicht“ hätte. Außerdem äußerte der Senat Zweifel, „ob Mietkautionsdarlehen - jedenfalls bedingungslos - der Regelung des § 42a Abs. 2 Satz 1 SGB II unterfallen“. Bei diesen Formulierungen handelt es sich jedoch nicht um eine eindeutige Entscheidung eines

BSG-Senats zu dieser Frage, sondern um ein „obiter dictum“, also eine nicht entscheidungstragende Ansicht.

Insgesamt handelt es sich also um einen interessanten Hinweis, der hoffentlich in die richtige Richtung weist. Endgültige Klarheit ist jedoch erst von einer „echten“ BSG-Entscheidung zu erwarten, die allerdings auch unter B 4 AS 14/15 R („Zur Rechtmäßigkeit der Tilgung eines Mietkautionsdarlehens durch Aufrechnung mit 10 % des maßgeblichen Regelbedarfs“) bereits anhängig ist. Argumente gegen die Rechtmäßigkeit gibt es jedenfalls genug. Beispielhaft hat sie das SG Berlin aufgeführt (Urteil vom 22.02.2013, S 37 AS 25006/12) und u.a. folgende Punkte benannt:

- Möglicherweise ist es verfassungswidrig, Eingriffe in Höhe von 10 % des Regelbedarfs in das verfas-

sungsrechtlich garantierte Existenzminimum vorzunehmen, zumindest wenn die Unterschreitung mehr als 6 Monate andauert.

- Das Erfordernis eines Mietkautionsdarlehens entsteht in der Regel ohne Verschulden des Alg II-Berechtigten. Trotzdem verbleibt Betroffenen nach geltendem Recht weniger zum Leben, als Schuldern in Zusammenhang mit dem Pfändungs- und Zwangsvollstreckungsrecht.
- Das Ansparkonzept, nach dem Leistungsberechtigte „eigentlich“ Teile des Regelbedarfs für „notwendige Anschaffungen“ ansparen sollen, wird konterkariert.
- Alg II-Berechtigte werden schlechter gestellt als Leistungsberechtigte nach dem SGB XII, bei denen die Darlehenstilgung im Regelfall nicht während des laufenden Leistungsbezugs erfolgt.

## Ab 2016: Keine Familienversicherung bei Alg II-Bezug

Durch das in weiten Teilen bereits am 01.01.2015 in Kraft getretene Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG) tritt im nächsten Jahr eine Änderung im Versicherungs- und Beitragsrecht ein, die auch Alg II-Berechtigte betrifft. Ab dem 01.01.2016 wird die bis dahin geltende Vorrangigkeit der Familienversicherung gegenüber der Versicherungspflicht aufgrund des Bezuges von Alg II durch entsprechende Änderungen in § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V und § 10 Abs. 1 Satz 1 SGB V entfallen. Ab nächstem Jahr sind somit alle Personen, die Alg II beziehen und nicht nach § 5 Abs. 5a SGB V dem System der privaten Krankenversicherung zuzuordnen sind, in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig. Konkret betroffen sind vor allem Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr, mit dem sie von dem Anspruch auf das Sozialgeld in den Kreis der (erwerbsfähigen) Alg II-Beziehenden wechseln. Dabei steht ihnen natürlich auch die freie Wahl der Krankenkasse gem. §§

173ff. SGB V zu. Im Einzelnen ist folgendes Verfahren vorgesehen:

Alle Mitglieder der BG, die bisher familienversichert sind und zum 01.01.2016 das 15. Lebensjahr bereits vollendet haben, sind grundsätzlich verpflichtet, dem Jobcenter innerhalb von 2 Wochen - beginnend ab dem 01.01.2016 - eine Mitgliedsbescheinigung der Krankenkasse vorzulegen, bei der sie versichert sein möchten (§ 175 Abs. 3 Satz 1 und 2 SGB V). Das kann die bisherige oder eine neu gewählte Krankenkasse sein. Das Jobcenter nimmt dann die Anmeldung bei der entsprechenden Krankenkasse vor. Wird innerhalb der zweiwöchi-

gen Frist keine Mitgliedbescheinigung vorgelegt, meldet das Jobcenter bei der Krankenkasse an, bei der zuletzt Familienversicherung bestand. Die neu Pflichtversicherten können zwar grundsätzlich auch später noch die Krankenkasse wechseln. Zunächst tritt aber eine Bindung an die Mitgliedschaft von i.d.R. 18 Monaten bei der bisherigen oder neuen Krankenkasse ein.

Damit die Änderungen für die Jobcenter nicht zu höheren finanziellen Belastungen führen, werden gleichzeitig die Beiträge, die vom Jobcenter für die Alg II-Berechtigten an die GKV gezahlt werden, vom 0,3450fachen auf das 0,2060fache der monatlichen Bezugsgröße gesenkt. Die Änderungen werden entsprechend auch in der sozialen Pflegeversicherung nachvollzogen. Zu einer Verwaltungsvereinfachung führt außerdem der Umstand, dass § 232a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V künftig vorsieht, dass die Beiträge für Alg II-Beziehende von Alg II pauschal für jeden Kalendermonat zu zahlen sind, in dem mindestens für einen Tag eine Mitgliedschaft besteht.



## Förderprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“

Als Teil des Konzepts zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit „Chancen eröffnen - soziale Teilhabe sichern“ (vgl. SOZIAL INFO 4/2014, S. 12) geht ein vom Bundesarbeitsministerium geplantes Förderprogramm in die nächste Umsetzungsphase. Die Förderrichtlinie des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ wurde bereits im Bundesanzeiger veröffentlicht. Das Programm ist auf zwei arbeitsmarktfremde Zielgruppen aus dem den Bereich des SGB II ausgerichtet:

- ❑ Leistungsberechtigte, die wegen gesundheitlicher Einschränkungen besonderer Förderung bedürfen und
- ❑ Bedarfsgemeinschaften mit minderjährigen Kindern.

Unter gesundheitlicher Einschränkung wird dabei allgemein jede physische, funktionale oder psychische Schwächung verstanden, die die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt erschwert.

Durch das Förderprogramm soll anerkannt werden, dass es eine Gruppe Langzeitarbeitsloser gibt, bei denen alle Aktivierungsanstrengungen erfolg-

los geblieben sind oder der örtliche Arbeitsmarkt keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Diesen Arbeitslosen soll gleichwohl die Möglichkeit sozialer Teilhabe eröffnet werden, insbesondere durch aktive Teilnahme am Erwerbsleben. Für Angehörige dieser beiden Zielgruppen sollen sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse (aber ohne Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung!), die zusätzlich und wettbewerbsneutral sind und im öffentlichen Interesse liegen, gefördert werden.

Die geförderten Arbeitsplätze sind mit Leistungsberechtigten der Zielgruppe zu besetzen, die seit mindestens vier Jahren im SGB II-Leistungsbezug stehen und währenddessen nicht oder nur kurze Zeit selbstständig oder abhängig beschäftigt waren. Außerdem muss bei der Besetzung des Arbeitsplatzes das 35. Lebensjahr bereits vollendet worden sein.

Zu den Fördervoraussetzungen gehören die Durchführung geeigneter begleitender Aktivitäten durch die Jobcenter, wie ausführliches Profiling im Vorfeld der Einstellung und intensive Betreuung und Vermittlung während der Beschäftigung. Zu den erwarteten begleitenden Aktivitäten, die

allerdings nicht förderfähig sind (!), gehören z.B.

- ❑ Aktivitäten zur Entwicklung oder Wiedergewinnung einer Tagesstruktur
- ❑ Aktivitäten, die den stufenweisen Einstieg in Beschäftigung mit aufwachsender Wochenstundenzahl (15, 20, 25) zielführend flankieren
- ❑ Aktivitäten zur Reflexion der eigenen Situation und Erhöhung der Eigenverantwortung (Beratung, Standortbestimmung)
- ❑ Aktivierungs-, Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen
- ❑ Angebote zur Gesundheitsförderung
- ❑ Unterstützung der Arbeitgeber bei der Entwicklung von Beschäftigungsangeboten, bei denen gesundheitliche Einschränkungen berücksichtigt werden
- ❑ Ansätze, die sich an die geförderten Beschäftigten nach Beendigung des jeweiligen Arbeitsverhältnisses richten
- ❑ kommunale Leistungen nach § 16a SGB II (z. B. psychosoziale Betreuung, Schuldnerberatung etc.).

Es sollen rund 10.000 Arbeitsplätze für einen Zeitraum von drei Jahren (bis Ende 2018) gefördert werden. In der abgeschlossenen ersten, vorbereitenden Programmphase bis zum 30.06.2015, hatten sich 265 Jobcenter beworben, von denen am Ende 105 ausgewählt wurden und die nun beim Bundesverwaltungsamt einen Förderantrag stellen können. Das Fördervolumen beträgt insgesamt 450 Mio. EUR. Die Förderung ist als Festbetragsfinanzierung ausgestaltet und beträgt bei 30 Stunden maximal 1.320 EUR. Erste Förderungen könnten bereits im Herbst diesen Jahres beginnen.

Das BMAS hat eine erste FAQ zum Förderprogramm veröffentlicht:

<http://snipurl.com/2a5au09>

Die Förderrichtlinie, veröffentlicht im Bundesanzeiger, gibt es hier:

<http://snipurl.com/2a5au98>







## Arbeitslosengeld: Verlängerung der Rahmenfrist?

Die Anwartschaftszeit für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat erfüllt, wer in der sog. Rahmenfrist mindestens zwölf Monate in einem Versicherungsverhältnis gestanden hat. Die Rahmenfrist beträgt wiederum zwei Jahre und beginnt mit dem Tag vor der Erfüllung aller sonstigen Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitslosengeld (§§ 142, 143 SGB III). Eine Ausnahme gibt es aber schon bereits seit einigen Jahren durch den § 142 Abs. 2 SGB III. Danach kann ein Alg-Anspruch auch durch eine sog. „kurze Anwartschaftszeit“ erworben werden, wenn sich die in der Rahmenfrist zurückgelegten Beschäftigungstage überwiegend aus versicherungspflichtigen Beschäftigungen ergeben, die auf nicht mehr als zehn Wochen im Voraus durch Arbeitsvertrag zeit- oder zweckbefristet sind, und das erzielte Arbeitsentgelt eine bestimmte Grenze nicht übersteigt. Diese Regelung ist (noch) bis 31.12.2015 befristet und zielt vor allem auf die Gruppe der kulturschaffenden Künstler und Schauspieler, aber auch auf andere Personen, die aus welchen Gründen auch immer, nur kurze Arbeitsverträge schließen können.

Allgemein wird eine Verlängerung der Regel oder eine Entfristung erwartet. Arbeitsministerin Andrea Nahles hat jedoch in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ nun zum wiederholten Mal eine umfassendere Reform der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen. Nach ihrer Vorstellung soll die Rahmenfrist grundsätzlich von 2 auf 3 Jahre erweitert werden. „Es gibt immer mehr Menschen, die in Jobs arbeiten, in denen mal für ein paar Monate in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt wird. Wenn die arbeitslos werden, haben sie trotz ihrer Beiträge keinen Schutz, weil sie nicht lange genug eingezahlt haben“, kritisierte die Ministerin in dem Interview. Man müsse deshalb mit der Zeit gehen und die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit auf die neuen Gegebenheiten einstellen.

Entscheidungen sind bislang nicht gefallen und werden vor allem an den Kosten gemessen werden. Aus Reihen der CDU verlautete prompt, dass eine Ausweitung der Rahmenfrist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen und

überdies viel zu teuer sei. Tatsächlich hat das BMAS im Falle der Einführung einer dreijährigen Rahmenfrist mit 58.000 zusätzlichen Arbeitslosengeld-Beziehenden kalkuliert, die etwa 305 Mio. EUR Arbeitslosengeld kosten würden. Gegenzurechnen wären allerdings etwa 68 Mio. EUR Ersparnisse beim Alg II, weil sich die Zahl der Alg II-Berechtigten entsprechend verringern würde.



## Bundeskabinett beschließt Bericht zum Anerkennungsgesetz

Das Bundeskabinett hat den Bericht zum Anerkennungsgesetz, das seit drei Jahren in Kraft ist, beschlossen. Das Gesetz ermöglicht Zuwanderern und Flüchtlingen mit ausländischem Berufsabschluss, einen gleichwertigen Beruf in Deutschland auszuüben und sich auf diese Weise zu integrieren.

Laut amtlicher Statistik wurden von April 2012 bis Dezember 2013 rund 26.500 Anträge gestellt. In 96 Prozent dieser Verfahren konnte in 2013 die ausländische Berufsqualifikation voll oder zumindest teilweise anerkannt werden. Besonders nachgefragt sind Berufe im Gesundheitswesen: In 2013 fielen 76 Prozent der Verfahren in diese Branche.

Der Bericht zeigt zugleich: Nicht jede Beratung führt zu einem Antrag.

Die Gründe dafür sind unterschiedlich - manche brauchen keine förmliche Anerkennung, um in den Arbeitsmarkt zu kommen, andere brauchen noch mehr Informationen über ihre Möglichkeiten und Chancen, andere Ermutigung oder auch finanzielle Unterstützung.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer beträgt bei Verfahren ohne Besonderheiten 51,4 Tage. Wenn während des Verfahrens Unterlagen nachgefordert wurden, betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer 72,4 Tage. Bei einer Fristverlängerung dauerten die Verfahren durchschnittlich 118,4 Tage, bei der Entscheidung durch sonstige geeignete Verfahren 78,0 Tage und bei der Entscheidung unter Berücksichtigung von Berufserfahrung 80,6 Tage.

Download des Berichts zum Anerkennungsgesetz 2015 unter:

<http://snipurl.com/2a4goxb>

Ebenso steht zu diesem Themenkomplex das Internetportal „Anerkennung in Deutschland“, abrufbar in acht Sprachen, unter

<http://snipurl.com/2a11iet>

zur Verfügung.

Die Telefonhotline „Arbeiten und Leben in Deutschland“ sowie das flächendeckende Beratungsangebot des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung - IQ“ unter

<http://snipurl.com/2a4gt9o>

gehen individuell auf jeden Anerkennungsinteressierten ein.



## Kindergelderhöhung jetzt amtlich!

Der Bundesrat hat dem Gesetzentwurf zu Kindergelderhöhung zugestimmt und das „Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags“ wurde am 22.07.2015 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht (<http://snipurl.com/2a3xs1u>). Wie schon im SOZIAL INFO 1/2015 (S. 14) beschrieben, wird das Kindergeld um 4 EUR angehoben und zwar rückwirkend (!) zum 01.01.2015. Ab Januar 2016 wird eine weitere Erhöhung um 2 EUR erfolgen.

Im Ergebnis beträgt damit das Kindergeld **2015**

- für das erste und zweite Kind je 188 EUR,
- für das dritte Kind 194 EUR und
- für jedes weitere Kind 219 EUR.

Ab **2016** beträgt das Kindergeld

- für das erste und zweite Kind je 190 EUR,
- für das dritte Kind 196 EUR und
- für jedes weitere Kind 221 EUR.

Das erhöhte Kindergeld wird automatisch und laufend ab September 2015 gezahlt. Die Nachzahlung der Kindergelderhöhung für die Zeit von Januar bis August 2015 erfolgt in einer Summe spätestens im Monat Oktober 2015.

**2015:**

**Keine Anrechnung der Erhöhung auf Alg II !**

Wie nicht anders zu erwarten war, haben Alg II-Berechtigte von der Erhöhung nicht viel: die Kindergelderhöhung wird grundsätzlich wie bisher als Einkommen auf das Alg II angerechnet. Allerdings gibt es eine Ausnahme für die Nachzahlung und die Erhöhung, soweit sie für die Zeit bis zum 31.12.2015 erfolgt. Der Grund für die Ausnahme liegt aber lediglich in einer Vereinfachung. Die nachträgliche Berücksichtigung nachgezahlter Kindergeldbeträge bei Sozialleistungen wäre nämlich mit einem erhöhten Verwaltungsaufwand (angeblich über 100 Mio.

EUR) verbunden, der durch die damit erzielbaren Einsparungen nicht gerechtfertigt werden kann.

Bei dem Gesetz zur Kindergelderhöhung handelt es sich um ein Artikelgesetz, mit dem durch Artikel 8 das „Gesetz zur Nichtanrechnung rückwirkender Erhöhungen des Kindergeldes“ geschaffen wurde. Dort wird in Abs. 1 geregelt, dass die rückwirkende Nachzahlung für die Zeit vom 01.01.2015 bis zum 31.08.2015 bei Sozialleistungen, deren Zahlung von anderen Einkommen abhängig ist, nicht als Einkommen zu berücksichtigen ist! Dies gilt unabhängig vom Zeitpunkt des Zuflusses der Nachzahlung des Unterschiedsbetrags zwischen bisherigen und erhöhten Kindergeld. Die Nachzahlung wird auch nicht auf den zivilrechtlichen Unterhaltsanspruch angerechnet.

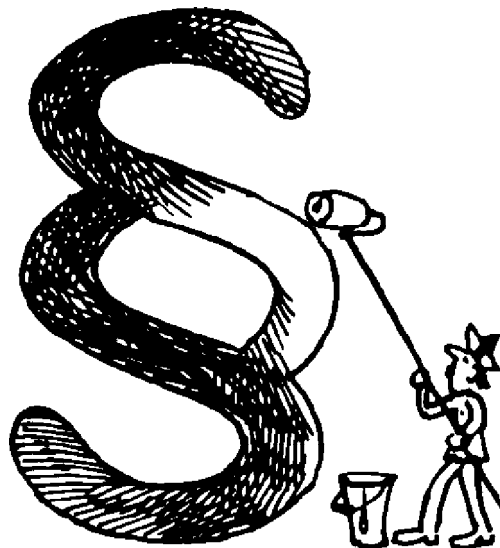
Absatz 2 des Gesetzes bestimmt, dass auch für die Zeit bis zum 31.12.2015 der Unterschiedsbetrag zwischen dem nach bisheriger Rechtslage zustehenden Kindergeld und dem erhöhten Kindergeld bei Sozialleistungen, deren Zahlung von anderen Einkommen abhängig ist, nicht als Einkommen zu berücksichtigen ist. Auch diese Nichtberücksichtigung gilt unabhängig vom Zeitpunkt des Zuflusses des Unterschiedsbetrags.

Im Ergebnis bleibt die Kindergelderhöhung bis zum Jahresende 2015 für Alg II-Beziehende und andere So-

zialleistungsbeziehende ohne Anrechnung!

Weitere Änderungen, die beschlossen wurden:

- Der Kinderzuschlag (KIZ) wird zum 01.07.2016 um 20 EUR pro Monat erhöht und liegt dann maximal bei 160 EUR pro Monat und Kind.
- Der steuerliche Grundfreibetrag steigt rückwirkend für 2015 von 8.345 EUR auf 8.472 EUR bzw. 8.652 EUR im Jahr 2016.
- Der Kinderfreibetrag erhöht sich von 4.361 EUR auf 4.512 EUR (2015) bzw. 4.608 EUR (2016).
- Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende (§ 24b EStG) wurde ebenfalls rückwirkend zum 01.01.2015 um 600 EUR auf 1.908 EUR angehoben. Neu ist, dass sich der künftig steuerliche Entlastungsbetrag nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder richtet. Für jedes weitere Kind erhöht sich der Entlastungsbetrag um jeweils 240 EUR.
- Der Unterhaltsvorschuss für Kinder bis 6 Jahre steigt ab dem 01.07.2015 von 133 EUR auf 140 EUR. Der Unterhaltsvorschuss für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren steigt ab dem 01.07.2015 von 180 EUR auf 188 EUR. Ab dem 01.01.2016 beträgt der Unterhaltsvorschuss dann 145 EUR (Kinder bis 6 Jahre) bzw. 194 EUR (Kinder zwischen 6 und 12 Jahren).





## Kindergeld online

Das Projekt „Kindergeld online“ war die erste internetbasierte Anwendung der BA, mit der Bürgerinnen und Bürger seit der zweiten Jahreshälfte 2009 Neu- und Änderungsanträge auf den Internetseiten der BA aufrufen, bearbeiten und online übermitteln können.

Mit der neuesten Ausbaustufe können Eltern Kindergeld künftig einfacher online beantragen. Auch viele Änderungen, die für den Bezug von Kindergeld wichtig sind, können sie der Familienkasse künftig über „Kindergeld online“ papierlos mitteilen.

Neben dem eigentlichen Kindergeldantrag können auch andere wichtige Angaben künftig online gemacht werden, zum Beispiel wenn ein Kind die Schule abgeschlossen hat oder sich Adress- und Bankdaten geändert haben. Das Programm führt die Eltern Schritt für Schritt durch die Fragen. Bevor der Antrag oder die Mitteilung fertiggestellt wird, überprüft das Pro-

gramm automatisch, ob Fehler oder lückenhafte Angaben enthalten sind. Durch das neue Verfahren werden weniger Rückfragen notwendig - und sollen so Anträge schneller bearbeitet werden können.

Die Daten werden vorab verschlüsselt an die Familienkasse übertragen. Die Eltern erhalten die ausgefüllten Formulare und ein Anschreiben an die Familienkasse zum Ausdrucken und Unterschreiben. Außerdem bekommen sie eine genaue Information darüber, welche Formulare und Unterlagen sie zusätzlich einreichen müssen. Dieses Verfahren ist derzeit aus rechtlichen Gründen noch notwendig. Die Familienkasse arbeitet an einer Weiterentwicklung dieses Angebots. Ziel ist es, ein reines Online-Verfahren zur Verfügung zu stellen, in dem ein Papiausdruck nicht mehr erforderlich sein wird.

Mit „Kindergeld online“ ermöglicht die Familienkasse auch die Nutzung

der „Online-Ausweisfunktion“ des neuen Personalausweises. Mit dem Personalausweis können Kunden der Familienkasse jederzeit vor allem Anschriften- und Kontoänderungen online übermitteln - ohne Änderungsformular, Unterschrift, Versand per Post oder Behördengang. Dieser Service kann auch ohne Personalausweis mit einem Benutzerkonto bei der Bundesagentur für Arbeit genutzt werden.

Noch Zukunftsmusik: In einer letzten Ausbaustufe soll schließlich die Antragstellung für das Kindergeld direkt nach der standesamtlichen Anmeldung eines Kindes elektronisch weitergeleitet werden.

Eine FAQ / Fragen und Antworten zu Kindergeld online gibt es von der BA hier:

<http://snipurl.com/2a4n6xw>

## Neue Düsseldorfer Tabelle ab dem 01.08.2015

Die Düsseldorfer Tabelle enthält Leitlinien für den Unterhaltsbedarf von Unterhaltsberechtigten. Sie beruht auf Koordinierungsgesprächen zwischen Richterinnen und Richtern der Familiensenate der Oberlandesgerichte Düsseldorf, Köln, Hamm, der Unterhaltskommission des Deutschen Familiengerichtstages e.V. sowie einer Umfrage bei den übrigen Oberlandesgerichten.

Zum 01.08.2015 wurde eine neue Düsseldorfer Tabelle veröffentlicht, mit der die Bedarfssätze unterhaltsberechtigter Kinder erhöht wurden. Die Erhöhung der Bedarfssätze unterhaltsberechtigter Kinder beruht auf dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags (vgl. Artikel in diesem SOZIAL INFO). Der steuerliche Kinderfreibetrag für das Jahr 2015 steigt von bisher 4.368 EUR um 144 EUR auf 4.512 EUR.

Unter Berücksichtigung des neuen Kinderfreibetrags von 4.512 EUR steigt der Mindestunterhalt eines Kindes bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (1. Altersstufe) von bisher mtl. 317 EUR auf mtl. 328 EUR, eines Kindes vom siebten bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres (2. Altersstufe) von mtl. 364 EUR auf mtl. 376 EUR und der eines Kindes ab dem 13. Lebensjahr bis zu Volljährigkeit (3. Altersstufe) von bisher mtl. 426 EUR auf mtl. 440 EUR. Der Unterhalt volljähriger Kinder berechnet sich nach dem Bedarfssatz der 3. Altersstufe zuzüglich der Differenz zwischen der 2. und 3. Altersstufe. Er steigt daher von mtl. 488 EUR auf mtl. 504 EUR. Zwar wird der steuerliche Kinderfreibetrag rückwirkend zum 01. Januar 2015 erhöht, die Unterhaltssätze steigen jedoch erst ab dem 01.08.2015.

Die Bedarfssätze unterhaltsberechtigter Kinder werden sich voraussicht-

lich zum 01.01.2016 weiter erhöhen, da der steuerliche Kinderfreibetrag zu diesem Zeitpunkt von 4.512 EUR auf 4.608 EUR steigen wird.

Mit der Neufassung der Tabelle zum 01.08.2015 wurden jedoch nur die aktuellen Bedarfssätze angepasst und es wurde von weiteren Änderungen - etwa Erhöhung des Bedarfs für Studenten von derzeit 670 EUR - zunächst abgesehen.

Es ist davon auszugehen, dass die derzeit gültige Tabelle ab dem 01.01.2015 aufgrund des höheren Kinderfreibetrags erneut eine Änderung erfährt.



Die aktuelle Tabelle gibt es unter:

<http://snipurl.com/2a4pvw5>

## Betreuungsgeld

Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld „gekippt“ hat (s. S. 11 in diesem SOZIAL INFO), stellt sich für Betroffene die Frage nach den persönlichen Konsequenzen. Das BVerfG hat in seiner Entscheidung keine Aussagen zu einer Übergangsregelung getroffen, aber auf die Möglichkeit eines Vertrauensschutzes hingewiesen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist nach rechtlicher Prüfung und Abstimmung innerhalb der Bundesregierung zu folgendem Ergebnis gekommen:

1. Die Rückforderung bereits erhaltener Zahlungen ist ausgeschlossen. Niemand muss bereits erhaltene Betreuungsgeld-Leistungen zurückzahlen. Für Familien, die derzeit Betreuungsgeld beziehen, erfolgen die Auszahlungen für die Dauer der Bewilligung weiter. Dies gilt auch für Familien, deren Antrag bereits bewilligt wurde, aber die Auszahlung erst in der Zukunft liegt.
2. Bei Familien, die nach dem Stichtag 21.07.2015 (Entscheidung des BVerfG) einen bewilligenden Betreuungsgeldbescheid erhalten ha-

ben, entscheidet eine Prüfung des Vertrauensschutzes im Einzelfall, ob Betreuungsgeld noch ausgezahlt werden kann.

3. Bewilligende Betreuungsgeldbescheide dürfen nicht mehr erlassen werden, da nach der Entscheidung des BVerfG keine Rechtsgrundlage mehr gegeben ist. Sollte die Bescheidung des Antrags schuldhaft verzögert oder der Antragssteller falsch beraten worden sein, können unter Umständen Schadensersatzansprüche bestehen.

Der Staats- und Verwaltungsrechtler Michael Sachs hat in einem Interview mit „der Spiegel“ als Beispiel für einen möglichen Vertrauensschutz den Fall von Eltern genannt, die sich im Vertrauen auf die Betreuungsgeldzahlung nicht rechtzeitig um einen Kita-Platz für das im September beginnende neue Kindergarten-Jahr bemüht hätten. Auch wenn der Vertrauensschutz die Weiterzahlung nicht erzwingen, könne nach Ermessen der Behörden die Zahlung generell fortgeführt werden, etwa bis zum Ende des neuen Kita-Jahres.



## Basis-Girokonto

Im letzten SOZIAL INFO (2/2015, S. 15) haben wir über das geplante Basis-Girokonto berichtet, das auf der Grundlage des EU-Rechts künftig auch in Deutschland angeboten werden muss. Die wesentliche Neuerung stellt das Recht eines jeden Verbrauchers auf Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen dar. Ein solches Konto soll alle Funktionen umfassen, die zur Eröffnung, Führung und Schließung eines Zahlungskontos und der damit verbundenen Zahlungsdienste erforderlich sind. Zur Umsetzung dieser sog. „Zahlungskonten-

richtlinie“ (Richtlinie 2014/92/EU) in nationales deutsches Recht haben Justiz- und Finanzministerium nun einen ersten Referentenentwurf vorgestellt. Der allgemeine Anspruch der Verbraucher gegenüber Kreditinstituten auf ein Basiskonto soll nach Möglichkeit bereits im Frühjahr 2016 umgesetzt werden.

Das Bundesfinanzministerium hat den Referentenentwurf online gestellt:

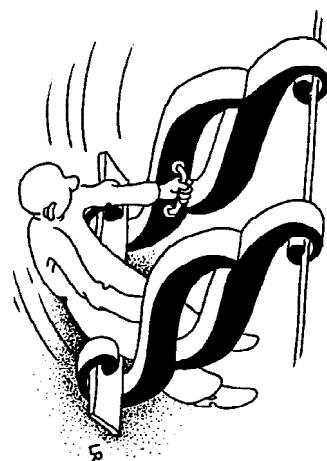
<http://snipurl.com/2a6aa1f>

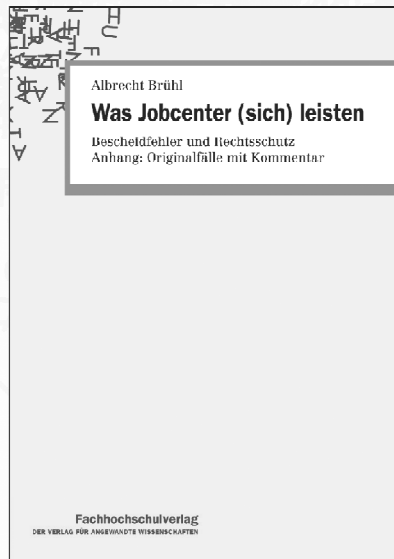
## Höhe von Tagessätzen bei Geldstrafen

Beziehende von Grundsicherungsleistungen sind häufig nicht in der Lage, Geldstrafen zu begleichen. Der Anteil der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Geldstrafenschuldner und derjenigen, die statt Zahlung der Geldstrafe gemeinnützige Arbeit leisten, nimmt daher ständig zu. Der Caritasverband hat nun ein Positionspapier zur Höhe von Tagessätzen bei Geldstrafen für Menschen im Bezug von Transferleistungen veröffentlicht, damit bestimmten Personengruppen nicht das „zum Lebensunterhalt Un-erlässliche“ genommen wird:

<http://snipurl.com/2a6aaqv>

Gefordert wird u.a. eine Abkehr vom Nettoeinkommensprinzip. Für Sozialleistungsbeziehende ohne ergänzendes Einkommen und Vermögen sollte nur der Teil der Leistungen des Regelbedarfs, der für die soziale Teilhabe vorgesehen ist, für die Geldstrafe herangezogen werden. Der Tagessatz sollte demnach 3 EUR nicht überschreiten. Personen, die über nur geringe Bargeldmittel verfügen, wie etwa Asylbewerber im Sachleistungsbezug, Personen, die vom Betteln leben, aber keine Leistungen beantragen, Personen in Einrichtungen gemäß § 27b SGB XII, u. a., müssen gesondert berücksichtigt werden. Hier sollte regelmäßig ein Tagessatz von einem EUR verhängt werden.



**Neuerscheinung**


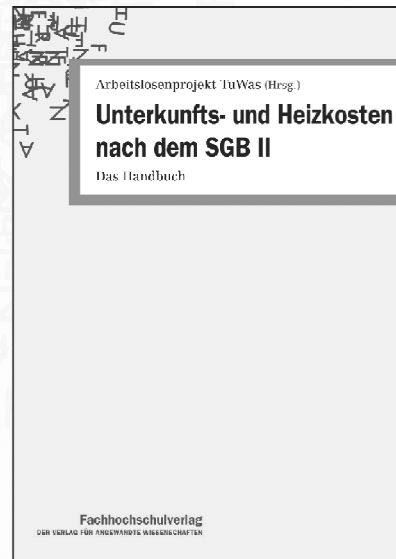
Jobcenter haben Arbeitseingliederungs- und Unterhaltsleistungen zu erbringen, leisten sich dabei aber eine Menge Fehler.

In Leitfaden werden – systematisiert nach Unterhaltsbescheidarten – häufige Fehler kenntlich gemacht und gezeigt, wie sich gegen rechtswidrige Bescheide bei Jobcentern und Sozialgerichten zu wehren ist. Maßstäbe dabei sind vor allem das SGB II und die Rechtsprechung des BSG; Formulierungsvorschläge zu Rechtsbehelfen erleichtern die Gegenwehr.

Kommentierte Originalaktenfälle vermitteln einen Eindruck der erschreckenden Realität von Hartz IV.

Albrecht Brühl  
**Was Jobcenter (sich) leisten**  
 Bescheidfehler und Rechtsschutz  
 Anhang: Originalfälle mit  
 Kommentar

2015, 354 Seiten  
 20,- € (zzgl. Portokosten)  
 ISBN 978-3-943787-13-9

**Neuaufgabe**


Wer seine Arbeit verloren hat, dem ist die Sicherung der Wohnung oft der letzte Halt, vor allem bei noch nicht abgezahltem Wohneigentum. Fragen zu Kosten von Unterkunft und Heizung bei Bezug von Alg II sind daher besonders drängend.

Unter den im Februar 2015 bei Sozialgerichten anhängigen Klagen wurde bei 35.042 Klagen um die Kosten für Unterkunft und Heizung gestritten; knapp übertroffen nur von 35.771 Klagen gegen Erstattungen.

Deshalb ist ein ausführliches Handbuch zu den Kosten für Unterkunft und Heizung notwendig.

Arbeitslosenprojekt TuWas (Hrsg.)  
**Unterkunfts- und Heizkosten  
 nach dem SGB II**  
 Das Handbuch

3. aktualisierte Auflage, 2015  
 472 Seiten, 2-farbig  
 22,- € (zzgl. Portokosten)  
 ISBN 978-3-943787-42-9

**Bestellungen:** Fachhochschulverlag, Kleiststr. 10, Gebäude 1, 60318 Frankfurt  
 Tel.: (0 69) 15 33-28 20, Fax: (0 69) 15 33-28 40, E-Mail: [bestellung@fhverlag.de](mailto:bestellung@fhverlag.de)



Sie sind Mütter, haben einen Migrationshintergrund und wollen (wieder) ins Berufsleben einsteigen und im Sozial- oder Gesundheitsbereich Fuß fassen. Damit dies gelingt, nehmen 21 Frauen aus elf verschiedenen Herkunftskulturen seit dem 17.08.2015 an dem ESF-geförderten Projekt **Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein** teil, das in Kooperation mit dem Jobcenter Düsseldorf und der Zahnärztekammer Nordrhein von der **Zukunftswerkstatt Düsseldorf** durchgeführt wird.

Es sind Mütter im Alter zwischen 26 und 46 Jahren, manche in Deutschland geboren, andere erst seit zwei Jahren hier. Sie haben einen Schulabschluss hier oder im Heimatland erworben. Ihr Sprachniveau reicht von A2 bis zu muttersprachlichen Kenntnissen. So unterschiedlich die Ausgangsbedingungen auch sind, gemeinsam ist allen Frauen ihr großes Engagement und der Wille, mit einer sinnvollen Arbeit eigenes Geld zu verdienen.

In dem sechsmonatigen Halbtagskurs erweitern die Frauen Ihre Kenntnisse zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zur Alltags- und Arbeitsorganisation, zu Lernstrategien, zu den Anforderungen des Arbeitsmarktes und zum Umgang mit dem PC. Berufsbezogener Deutschunterricht gehört ebenso zu ihrem Stundenplan wie die Themen Auftreten und Selbstdarstellung im Berufsleben und Konfliktmanagement. Die Frauen lernen die Berufe im Sozial- und Gesundheitsbereich kennen und erfahren, was „man“ mitbringen muss, um diese Berufe in Deutschland ausüben zu dürfen. Ein Teil der Frauen qualifiziert sich zur Fachkraft für die Aufbereitung zahnmedizinischer Instrumente im Karl-Häupl-Institut der Zahnärztekammer Nordrhein. Andere möchten im Rahmen eines Praktikums in einem der für sie in Frage kommenden Berufe erste praktische Erfahrungen sammeln. So wird jede Frau ihrem beruflichen Ziel deutlich näherkommen.

Weitere sechs Kurse werden bis 2018 stattfinden. Der nächste beginnt am 11.01.2016. Wenn Sie mehr über das Projekt erfahren möchten, nehmen Sie den Kontakt zu Annemarie Bottek auf unter der Telefon-Nummer 0211 98928513 oder besuchen Sie eine unserer Informationsveranstaltungen in der Kanzlerstraße 2 in Düsseldorf-Rath. Die aktuellen Termine finden Sie im Internet unter **[www.zwd.de](http://www.zwd.de)**.

Ein Angebot der:



Kooperationspartner:



Gefördert durch:





## Materialien zum Migrationssozialrecht

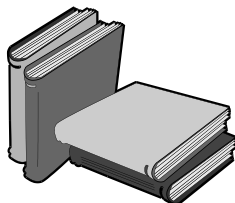
Der Bereich der Migrations- und Flüchtlingsberatung ist ein unübersichtliches und komplexes Rechtsgebiet. Zudem unterliegen die rechtlichen Grundlagen einer beständigen Entwicklung - es vergeht kaum ein Jahr, in dem die relevanten Gesetze nicht verändert wurden.

Neben Fortbildungen und Qualifizierungen zu den Bereichen, Aufenthalts- und Asylrecht und Migrationssozialrecht bietet das „Projektbüro Q“ der GGUA Flüchtlingshilfe e.V. aus Münster eine ganze Fülle wertvoller Arbeitshilfen und andere Materialien, die zum Download bereit stehen:

<http://www.einwanderer.net>

Unter anderem gibt es auch eine tabellarische Übersicht „Zugang zum SGB II und zur Erwerbstätigkeit für drittstaatsangehörige Ausländerinnen und Ausländer“ unter:

<http://snipurl.com/2a57c92>



## Rezension: Unterkunfts- und Heizkosten nach dem SGB II

Der praxisnahe Rechtsratgeber „Leitfaden zum Arbeitslosengeld II“ des Arbeitslosenprojekt TuWas gehört seit Jahren zur unentbehrlichen Fachliteratur für Berater und Betroffene. Ergänzt wird der Leitfaden schon seit einigen Jahren durch ein weiteres Handbuch „Unterkunfts- und Heizkosten nach dem SGB II“ aus dem gleichen Verlag. Das Handbuch ist nun in der 3. Auflage erschienen (Stand 01.05.2015).

Von der Erläuterung der Produkttheorie über Fragen zur Renovierung, der Berücksichtigung von Jahresabrechnungen bis hin zur Berechnung des Zuschusses zu den ungedeckten KdU für Auszubildende werden auf mittlerweile 471 Seiten fast alle denkbaren Fragen zum Thema KdU und Heizung beantwortet.

Das Handbuch ist weiterhin klar gegliedert und mit einem umfangreichen und überaus hilfreichen Stichwortverzeichnis versehen: Übernahme von Kosten der Tankreinigung bei selbstgenutztem Wohneigentum? Kein Problem (findet sich auf S. 178)!

Erfreulicherweise sind in der Neuauflage sogar schon die erst ab 2016



geltenden Änderungen durch das 25. Bafög-ÄnG und zu erwartende Änderungen durch das noch in Planung befindliche „Rechtsvereinfachungsgesetz“ berücksichtigt.

Das Ganze gibt es zu einem fairen Preis von 22 EUR (zzgl. Porto) nicht nur im Buchhandel (ISBN: 978-3-943787-42-9), sondern das Handbuch kann auch direkt beim Fachhochschulverlag Frankfurt (zzgl. Porto) bestellt werden

[www.fhverlag.de](http://www.fhverlag.de)



### IMPRESSUM:

SOZIAL INFO 3/2015

Herausgeber:  
ArbeitslosenZentrum Düsseldorf  
der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH  
Bolker Str. 14/16, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 828 949 0 Fax: 0211 / 828 949 29

E-Mail: [azd@zwd.de](mailto:azd@zwd.de)  
<http://www.zwd.de/azd>

Redaktion und Gestaltung:  
Petra Jungen, Jürgen Lies



Namentlich gekennzeichnete Beiträge liegen nicht in der Verantwortung der Redaktion.

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich  
Preis: 20,- € incl. Porto/Verpackung/MwST  
Bankverbindung: Stadtparkasse Düsseldorf,  
IBAN: DE19 3005 0110 0014 0071 57,  
BIC: DUSSDEDD

Druck: Ordensgemeinschaft - Beschäftigungshilfe  
Tel.: 0211 / 44 93 98 70

Das „ArbeitslosenZentrum Düsseldorf der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH“ wird gefördert vom Amt für Soziale Sicherung und Integration



Landeshauptstadt  
Düsseldorf

Mit finanzieller Unterstützung des Landes  
Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds



EUROPÄISCHE UNION  
Europäischer Sozialfonds

Ministerium für Arbeit,  
Integration und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



## Tarifregister NRW - ein Blick hinein lohnt sich

Wer wissen möchte, wieviel Urlaubsanspruch und Urlaubsgeld in bestimmten Branchen zusteht, wird in dieser Übersicht aus über 80 Branchentarifverträgen fündig.

Ebenso steht eine Übersicht zu den aktuellen Ausbildungsvergütungen zum Download zur Verfügung.

[www.tarifregister.nrw.de](http://www.tarifregister.nrw.de)



## Liebe Leserinnen und Leser des SOZIAL INFOs, liebe Abonnentinnen und Abonnenten!

Unser SOZIAL INFO wird 30 !

Bereits seit 1985 geben wir unser SOZIAL INFO heraus und informieren über Gesetzesänderungen, Neuigkeiten und Verfahrensweisen zum Arbeitslosengeld, früher zur Arbeitslosenhilfe und seit 2005 zum Arbeitslosengeld II, zu angrenzenden Rechtsgebieten, zu Veranstaltungen und Fachliteratur.

Die ersten Ausgaben wurden Seite für Seite im Matritzendruck vervielfältigt, zusammengelegt und geheftet.



Später hat uns diese Arbeit ein Drucker abgenommen - schließlich waren wir in unserer Beratungsarbeit als Experten mehr und mehr gefordert und haben dafür den Experten des Druckereigewerbes ihr Fachgebiet überlassen.

Der Einzug des Computers in unsere Arbeitswelt erleichterte uns auch die Erstellung der Druckvorlagen - wir nahmen Abschied von Gabriele 9009, unserer elektrischen Schreibmaschine mit Korrekturtaste und ließen die Letraset-Buchstaben in der Schublade verschwinden.

Viele Abonnent/-innen und Abonnenten schätzen derzeit noch die Papier-Ausgabe unserer Zeitung und bevorzugen noch das SOZIAL INFO zum Anfassen.

Aber es gibt auch Nachfragen unserer Leser und Leserinnen nach einer praktischen digitalen Fassung.

Daher haben wir uns entschlossen, eine PDF-Ausgabe des SOZIAL INFOs auf den Weg zu bringen, die unsere Druckausgabe sinnvoll ergänzen kann.

### Neue Abo-Möglichkeiten

Ab 2016 haben Sie drei Abonnement-Varianten zur Auswahl:

#### 1) Die Traditions-Variante in Papier

Sie wird im Jahresabonnement nach wie vor stabile 20 EUR incl. MwSt, Versand und Verpackung kosten.

Alle Abonnentinnen und Abonnenten, die bei dieser Variante bleiben möchten, brauchen nichts zu tun.

#### 2) Print Plus PDF

Zusätzlich zur Druckausgabe können Sie auch die PDF-Ausgabe hinzu abonnieren. Der Preis dafür beträgt dann 24 EUR incl. MwSt, Versand und Verpackung.

#### 3) PDF-Solo

Alle, denen eine schlichte PDF-Fassung des SOZIAL INFOs ausreicht, die aber die Vorteile des praktischen Link-Aufrufs und der PDF-Suchfunktion nutzen möchten, können dieses PDF-Abonnement zum Preis von 15 EUR incl. MwSt und E-Mail-Versand abschließen. Die PDF-Fassung ist deshalb so günstig, weil wir die Druck- und Portokosten herausrechnen können.

**Wenn Sie Ihr Abonnement verändern möchten, dann mailen Sie uns - möglichst bis zum Jahresende 2015 - ihren zukünftigen Abonnement-Wunsch:**

**Claudia.Wendt@zwd.de**  
**Betreff: SOZIAL INFO - Abo-Wechsel**



„Neue Wege gehen.“